

Wolffpöter-Beitrag

A

**Auch jeder proletarische
Jungmänner stimmt
für Liste 3**

für Schlesien

**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)**

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fern-
sprecher 43902. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Nord-
haus). Fernsprecher 43902. Erscheinung der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — **Verlagsort:** Breslau. — **Ver-
lag:** Schlesiens Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50. Fernsprecher 43902.

**ADGB. zur Zusammenarbeit mit Papen bereit / Siehe im
Innern des Blattes**

Höltermann will allgemeine Wehrpflicht

**Militaristische Rede des Reichsbannerführers in Hamburg / Einigkeit mit Schleichers Rüstungsnote / Sozialdemokratische
und Reichsbannerarbeiter! Verabfolgt am 6. November diesen imperialistischen Zuhältern den wohlverdienten Zutritt durch
die Stimmenabgabe für Liste 3!**

Die Ueberbestimmung der kapitalistischen Reichsbannerführung mit den Plänen der Papen-Schleicher-Regierung wird immer offenkundiger. Die Reichsbannerführung hat sich bereits mit dem „Jugend-Laboratorium“ des Generals von Stülpnagel einverstanden erklärt. Jetzt hielt der Bundesführer Höltermann auf dem Hamburger Sonntag des Reichsbanners eine Rede, die jedem kaiserlichen Militaristen hohe Ehren einbrachte.

Höltermann ging davon aus, daß man am 20. Juli deswegen keinen Generalstreik machen konnte, weil die deutschen Arbeiter nicht waffenfähig wären. Er machte darum der SPD. den Vorwurf, daß sie 1918 der Reichswehr zugestimmt hätte. Man hätte damals eine „andere Wehrordnung“, das heißt die allgemeine Wehrpflicht, schaffen müssen. Jetzt bekannte sich Höltermann zum Wehrsport, der notwendig sei, weil das Reichsbanner eine „soldatische“ Organisation sei. Die Reichsbannermitglieder müßten „Soldaten“ sein. Die Krönung von Höltermanns Rede bestand in der Forderung des Reichsbanners: „Allgemeine Wehrpflicht für die Freiheit!“

Wenn Schleicher diesen Satz lesen wird, wird er sich veranlaßt die Hände reiben. Eine bessere Unterstützung kann er sich nicht wünschen. „Allgemeine Wehrpflicht“ im kapitalistischen Staat heißt ja nichts anderes, als eine Verstärkung der Militärmacht der herrschenden Klasse, die militärische Unterjochung der werktätigen Massen. „Für die Freiheit“ will Höltermann die allgemeine Wehrpflicht. Mit Verlaub, für welche Freiheit? Für die „Freiheit“ der Imperialisten, die mit Hilfe des stehenden Heeres den Versailles-Vertrag auf kriegerische Weise „revidieren“ wollen? Oder für die „Frei-

heit“ der Arbeiterklasse? Aber Freiheit für die Arbeiterklasse gibt es erst, wenn der Kapitalismus besiegt am Boden liegt. Ein stehendes Heer für den kapitalistischen Staat fordern heißt für den Militarismus schlimmster Art eintreten.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ veröffentlichte am 10. Oktober einen Artikel des österreichischen Militaristen Julius Deutsch, der sich angeblich gegen die Militaristen in der SPD. richtete. In dem Vorwort zu diesem Artikel meint das Chemnitzer SPD.-Blatt: „In der deutschen Sozialdemokratie gibt es eine Strömung, die sich für „aktive Wehrpolitik“ einsetzt. Die Bedeutung dieses kleinen Flügels steht in umgekehrtem Verhältnis zu dem sensationellen Aufputz, den die bürgerliche Presse dieser Gruppe verleiht.“

Nun, ist Höltermann ein „unbedeutender Flügel“? Höltermann ist Führer des Reichsbanners, seine Politik unterscheidet sich nicht im geringsten von der Politik der Gesamtpartei der Sozialdemokratie. Wenn Hermann Müller für den Panzerkreuzerbau eintrat, warum soll Höltermann nicht für Schleichers Rüstungsfordernungen werden?

SPD.-Arbeiter, Reichsbannerarbeiter! Wollt ihr wirklich die Geschäfte der Papen-Schleicher besorgen? Wollt ihr wirklich Bannerträger für die Rüstungsfordernungen der deutschen Kapitalisten sein? Macht Schluss mit den reformistischen Hilfstruppen des Faschismus! Einem in die rote Einheitsfront gegen den Faschismus! Auch eure Stimme gehört der Führerin der Antifaschistischen Aktion, der SPD., Liste 3!

Nazi-Bombenattentäter flüchtig

Breslau, 19. Oktober. Wegen der blutigen Terrorakte und Bombenattentate in Schlesien nach der Reichstagswahl am 31. Juli hat jetzt die Schweißbrenner Staatsanwaltschaft gegen den Oberführer der SA-Unterguppe Mittelschlesien-Süd, Obernig, und gegen dessen Adjutant, Graf Sprell, Haftbefehle erlassen. Die beiden Organisatoren der Terrorakte sind aber längst flüchtig.

Neuer Nazimord

Berlin, 19. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Ein neues Nazi-verbrechen ist jetzt bekannt geworden. Vor einigen Tagen wurde an der Straße von Berlin bei Weiden der russischer Borowski mit tödlichen Schußwunden aufgefunden; er starb im Krankenhaus. Jetzt wurde festgestellt, daß Borowski von dem Nazi Weichsel aus Neuruppin niedergeschossen worden ist.

„Kommunisten müßte man wegen ihrer Dummheit niederschließen!“

Ein Beispiel, wie von den SPD.-Führern zurzeit gegen die Kommunisten gehandelt wird, bot die Rede des SPD.-Führers Weichsel in Kiel. Dort erklärte er am 13. Oktober zur Frage der Einheitsfront:

„Die Kommunisten sind nicht mehr zu retten, man müßte sie wegen ihrer Dummheit niederschließen!“

Der SPD.-Führer will uns niederschließen lassen, weil wir keine Hindenburg-Politik treiben, weil wir „so dumm“ sind, daß wir jede Koalition mit den Ausbeutern ablehnen, weil wir „so dumm“ sind und keine kapitalistischen Minister werden. Der freche provokatorische Ton des SPD.-Führers soll die Bourgeoisie beruhigen, damit die SPD. wieder in Gnaden in die Ministerkessel aufgenommen wird.

Wir glauben, daß die SPD.-Arbeiter jetzt genug haben von der „Geistlichkeit“ ihrer Führer, durch deren Hindenburg-Politik Papen in den Sattel gehoben wurde. Wir glauben, daß die SPD.-Arbeiter sich lieber zur kommunistischen „Dummheit“, zum rücksichtslosen entschlossenen Massenkampf gegen ihre Ausbeuter bekennen und darum die Liste 3 wählen.

Klepper verweigert die Aussage

Berlin, 19. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Als gestern im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages der frühere Finanzminister Klepper von kommunistischen Abgeordneten gefragt wurde, ob Gelder aus der Preussenkasse, also Steuer Gelder, zur Finanzierung der sozialdemokratischen und zentralistischen Wahlkampagne bei der Reichstagswahl 1932 ausgegeben wurden, verweigerte Klepper die Aussage. Auch die Subventionierung der „Kölnischen Volkszeitung“ wurde von Klepper indirekt zugegeben.

Papierfabrik Sacrau im Streit

Breslau, 19. Oktober. Die Belegschaft der Papierfabrik in Sacrau bei Breslau in Stärke von 665 Mann ist gestern morgen in den Streit gegen den von der Direktion am Schwarzen Brett bekanntgegebenen Lohnabbau in den Streit getreten. Obwohl die Belegschaft in einer am Sonntag abgehaltenen Belegschaftsversammlung beschloß, jeden Pfennig Lohnraub mit dem Kampf zu beantworten, hat die Direktion am Montagmorgen den Lohnabbau bekanntgegeben.

Die Belegschaft hatte daraufhin am Dienstag früh in einheitlicher Front den Hungerangriff des Unternehmers mit der Waffe des Streiks beantwortet und sie ist bereit, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis daß der Lohnabbau vom Unternehmer zurückgenommen sei.

Belegschaft von Methner & Frahne ab Montag in passiver Resistenz

Landeshut, 18. Oktober. Wie wir bereits berichteten, hat die Direktion des Zementbetriebes von Methner & Frahne vorige Woche erneut einen 20-prozentigen Lohnabbau angekündigt. Die Belegschaft, die Ende September den Lohnraubangriff siegreich abgewehrt hatte, ist auf die Initiative der KPD. hin am Montagfrüh in passive Resistenz getreten. Der reformistische Betriebsrat hat die Durchführung einer Belegschaftsversammlung abgelehnt. Die KPD. hat daraufhin für Montag abend um 7 Uhr zu einer Belegschaftsversammlung aufgerufen, in welcher zur Kampfsituation Stellung genommen werden soll.

Teilerfolg im Bunzlauer Pflichtarbeiterstreik

Bunzlau, 18. Okt. Der Streik der Bunzlauer jungen Pflichtarbeiter ist wegen der Sabotagepolitik und Zerstückung der Streikfront durch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer abgebrochen worden. Der Streik erbeite trotz alledem mit einem Teilerfolg. Schon auf Grund der Drohung mit dem Streik hat man den jungen Pflichtarbeitern die Lieferung von Brot und einem Pfund Margarine, je nach der Dauer der Pflichtarbeit bewilligt. Ferner haben die Strei-

kenden erreicht, daß sie Arbeitskleidung gratis erhalten und daß die am letzten Freitag gekürzte 50-prozentige Unterstützung nachgezahlt wird.

Drei Jahre Zuchthaus für KPD.-Abgeordneten

Sönitzberg, 19. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Das Sondergericht verurteilte nach zwölfstündiger Verhandlung den Reichstagsabgeordneten Paulin zu drei Jahren Zuchthaus; 27 mitangeklagte Arbeiter wurden zu Gefängnisstrafen von sechs bis neun Monaten verurteilt. Den Verurteilten wird vorgeworfen, daß sie am 15. September bei der Ermittlung eines arbeitslosen Widerstand gegen Polizei und Landjäger geleistet hatten.

Gegen diese Terrorurteile muß auch die schlesische und ober-schlesische Arbeitererschaft protestieren und vor allem den Kampf gegen die Sondergerichte mit der roten Hilfe verliert führen. Der Eintritt in die rote Hilfe ist ein sichtbares Bekenntnis für diesen Kampf.

10 Jahre Dienstbote des Trustkapitals

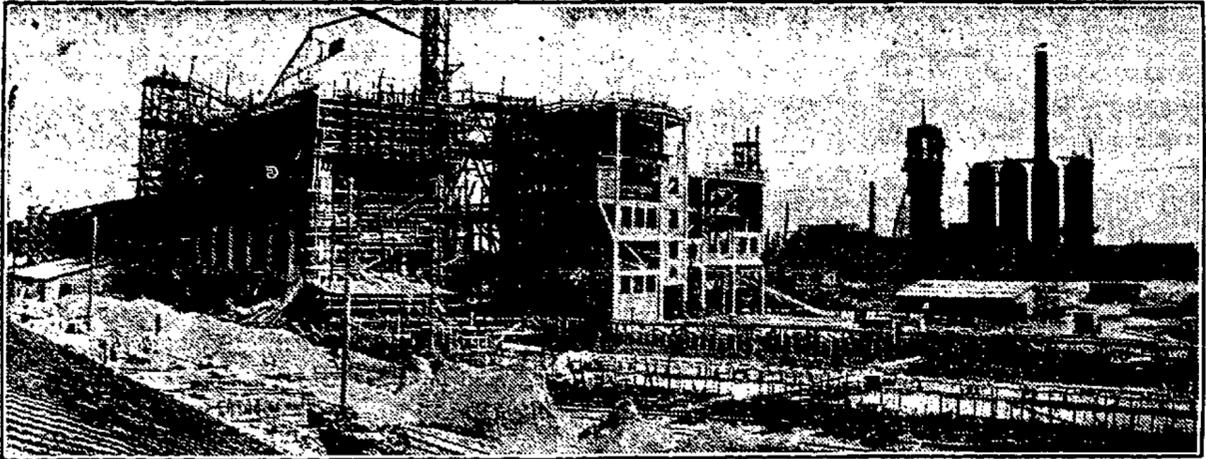
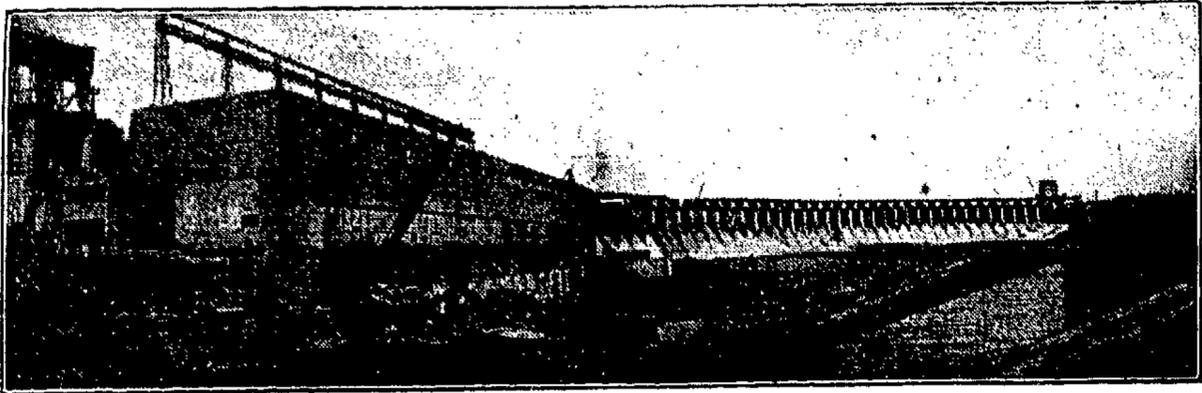
Die SPD. sucht jetzt ihre Wähler zu gewinnen mit dem Hinweis, daß es unter den früheren Regierungen doch weit besser war, wie unter Papen-Schleicher. Dieser Wahlschwundel wird durch den davongejagten SPD.-Ministerpräsidenten Braun widerlegt, der in seinem Brief vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig ausdrücklich feststellte, daß er die letzten zehn Jahre im Dienste des Finanzkapitals gearbeitet hat. Der Brief lautet in seinen wichtigsten Teilen:

„Ueber zehn Jahre lang habe ich die Reichspolitik ohne Rücksicht auf die Zusammensetzung der Reichsregierung, oft auch unter Schädigung der Werbekraft meiner Partei, unterstützt, die im Reichstag Reichsmaßnahmen bekämpfte, die ich im Reichsrat im Interesse der gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen Reich und Preußen unterstützte... im hohen Reichsinteresse haben wir das getan. Und nun wegen Nichterfüllung der Pflichten gegen das Reich wie ein Dienstbote, der gestohlen hat und den man das Haus nicht mehr betreten läßt, aus dem Amt gejagt werden, ist besser, und das um so mehr, als es auf Anordnung eines Mannes geschieht, für dessen Verfassungstreue ich meine ganze Person eingesetzt habe, und der mir nicht zuletzt seine Wiederwahl zum Reichspräsidenten verdankt.“

SPD.-Arbeiter, Arbeiter der „Eisernen Front“! Vergeßt dieses Dokument der Schande der Reformisten niemals!

Ohne SPD. kein Hindenburg und kein Papen-Schleicher! Ohne die zehn Jahre Arbeiterverrat kein Hitler! Vergeßt das nie, Arbeiter der SPD., des ADGB. und des Reichsbanners! Zieht die Lehren! Kämpft in roter Einheitsfrontaktion gegen Papen-Schleicher und seine Stützen! Zeigt euren Kampfwillen durch die Wahl der KPD., Liste 3.

Triumph des sozialistischen Aufbaues



Unsere Bilder zeigen: 1. Die elektrische Station und der Staudamm des Dnjeprprojekts. — 2. Die größte Werkstatt des zum Industrie-Kombinat Dnjeprprojekt gehörenden Aluminiumwerkes — die Gießerei. — 3. Das Panorama des im Bau befindlichen Industrie-Kombinats von Dnjeprprojekt. — 4. Einen Teil der im Aufbau befindlichen sozialistischen Stadt. — Und wie sieht es in Deutschland aus?

Sendewitz-Partei in Auflösung

Die Arbeiter gehen mit der kommunistischen Partei

Die Rebellion der Arbeiter in der SAP hat außerordentlichen Umfang angenommen. Die SAP befindet sich in Auflösung. Ganze Ortsgruppen wenden sich u. a. gegen eigene Listen der SAP zu den Reichstagswahlen und treten für die Wahl der KPD ein.

Der Vorstand der SAP hatte vor kurzem beschlossen, mit eigenen Listen an der Reichstagswahl teilzunehmen. Angesichts der Stimmung der Arbeiter hielten das sogar mehrere Mitglieder des Vorstandes nicht für gegeben, und der Beschluß auf eigene Listen der SAP wurde im Vorhand mit 5 gegen 3 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen gestagt.

In Berlin ist es in den Gruppen Zehlendorf, Steglitz und Hohenschönhausen zu offener Rebellion der Arbeiter gekommen; diese Gruppen haben einstimmig beschlossen, die „Disziplin“, die Sendewitz und Rosenfeld forderten, zu verweigern und für die Wahl der KPD einzutreten. Die Gruppe Berlin-Charlottenburg beschloß das gleiche mit Mehrheit, und in Berlin-Mitte gab eine partei Minderheit eine gleichlautende Erklärung ab. In Mitteldeutschland haben die Ortsgruppen Halle, Naumburg, Teltow und im Westen die Ortsgruppe Mainz dieselbe Stellung eingenommen.

Sendewitz und Rosenfeld wollen ihre „linke“ sozialfaschistische Arbeiterpartei noch aufrecht erhalten. Sie haben jetzt sogar einige Verhandlungsmitglieder, die gegen die eigenen Listen waren, geschlossen, wie das bisherige Hauptvorstandsmitglied Zeigewasser und den „SAP“-Redakteur Lehmann. Einige andere SAP-Führer, wie der frühere Brandler-Mitglied Karl Kranz, haben den Weg zur KPD, während einige mit Theodor Niebisch einen neuen U.S.P.-Namen gründen wollen.

Und diese Leute behaupten immer und immer wieder, daß die SAP in allen Kämpfen des Proletariats an der Spitze stehen müßte. An der Entschliebung der Bezirkskonferenz der schlesischen, richtiger gesagt der Breslauer SAP — in der Provinz kann man von einer Organisation der SAP gar nicht reden — heißt es u. a.:

„Diese Schwäche zu überwinden und die Arbeiterschaft zu schließen zum Kampf gegen das kapitalistische System auf revolutionärer Grundlage zu führen, ist und bleibt die Aufgabe der SAP.“

Diese „linke“ sozialfaschistische Splinterpartei, die in Auflösung begriffen ist, wagt zu behaupten, daß sie die Aufgabe habe, die Arbeiterklasse in den Kampf gegen das kapitalistische System zu führen, während wir behaupten und auch durch genügend Tatsachen beweisen haben, daß die Aufgabe der SAP darin besteht, durch eine neue Barriere den Massenabmarsch ehrlicher, kampfbereiter sozialdemokratischer Arbeiter ins Lager der Führerin der Einheitsfront-

ADGB zur Zusammenarbeit mit Papen bereit

Kundgebung der freien Gewerkschaften gegen „wilde Streiks“

Der ADGB veranstaltete am Dienstag eine Kundgebung im Reichswehrministerium, an der auch ein offizieller Vertreter der Papen-Schleicher-Regierung teilnahm. Die Kundgebung endete mit einer einstimmig angenommenen Entschliebung, in der die Regierung aufgefordert wird, die Arbeiterordnungen vom 5. September und 3. Oktober aufzuheben.

Arts Tarnow hielt das Hauptreferat. Einleitend betonte er, daß der ADGB genau wie die Regierung, für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Herabsetzung der Arbeitszeit (selbstverständlich ohne Lohnausgleich) und durch Schaffung neuer Geldmittel kämpfe. Dann folgte die Zustimmung zu einem Teil des Papen-Programms:

„Wir sind bereit, dem wirtschaftlichen Teil des Regierungsplanes eine Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen. Wir werden uns seiner Maßnahme in den Weg stellen, von der wir hoffen können, daß sie den Arbeitslosen hilft.“

Das ist die grundsätzliche Zustimmung zur Zusammenarbeit mit der Papen-Schleicher-Regierung. Und warum wollen das die ADGB-Mitglieder? Dort, was Arts Tarnow dazu sagt:

„Man es der Regierung gelänne, die Gewerkschaften schamhaft

zu setzen, so hätte das keine andere Bedeutung, als daß der Abwehrkampf auf einen anderen Boden abgedrängt würde und in Form, die der Regierung, aber auch den Unternehmern sehr viel weniger Freude bereiten würde, als der geordnete Gewerkschaftskampf.“

Also gemeinsame Kampffront von ADGB und Regierung gegen „wilde Streiks“. Dem Schlichter-Diktat wollen sich die ADGB-Führer unter allen Umständen beugen. Das betonte nachdrücklich Clemens Rörpel, der als zweiter Redner erklärte:

„Die Gewerkschaften denken gar nicht daran, sich gegen den Grundlag der Vertragstreue zu wenden... Niemals hatten die Gewerkschaften die Absicht, die durch den Abschluß der Tarifverträge übernommene Friedens- und Durchführungspflicht zu verletzen.“

Das ist ein eindeutiges Bekenntnis zur Schlichtungsdiktatur. Gewerkschaftslogen! Erkennt, was eure Führer beabsichtigen! Macht den ADGB-Bürokraten, die mit Papen zusammenarbeiten wollen, den Lohnabbau durchzuführen, einen dicken Strich durch die Rechnung! Bildet sofort in allen Abteilungen und Betrieben Komitees aus, gemeinsam mit euren Kollegen von den roten Verbänden und der RSD - Schließen die einheitliche Kampffront im Betrieb!

Löbes neuester Arbeiterbetrug

„Unwahrscheinlich, daß Sie, Herr Reichspräsident (an Papen), einen Auftrag gegeben haben!“

Der SPD-Führer Löbe hat in der „Volkswacht“ (vom 18. Oktober) einen „Offenen Brief“ an Hindenburg veröffentlicht, der ein neuer schändlicher Betrug der SPD an den Arbeitern ist. Herr Löbe sucht den Anschein zu erwecken, als sei Hindenburg gegen die Papenschen Verfassungsänderungspläne und schreibt:

„Liegt wirklich ein Auftrag des Herrn Reichspräsidenten vor, eine solche Kürzung und Zerstückelung der Volksrechte in Deutschland vorzunehmen? ... Die Form der Ankündigung, wie ihr Inhalt machen es gleichermaßen unwahrscheinlich, daß Sie, Herr Reichspräsident, einen Auftrag in dieser Richtung gegeben haben können, der weite Kreise, der die Mehrheit des deutschen Volkes zu festigstem Widerstand herausfordern würde.“

Glauben Sie wirklich, Herr Löbe, daß der Kanzler v. Papen von sich aus Verfassungsänderungspläne schmiedet? Glauben Sie wirklich, Herr Löbe, daß Hindenburg die Papen-Pläne nicht billigt? Nein, Herr Löbe, Sie glauben es nicht. Sie und Ihre Kampagne Wels, Breitscheid u. Co. wissen ganz genau, daß Papen nicht auf eigene Faust Neben hält und die Verfassungsänderung betreibt.

Die SPD wählte Hindenburg, um angeblich den Faschismus zu vernichten. Dann schickte Hindenburg Papen ein, das SA-Verbot wurde aufgehoben, die Sondergerichte eingeführt und die Staatsaktion vom 20. Juli gegen Preußen durchgeführt.

Jetzt wiederholt die Sozialdemokratie und ihr Löbe den alten Betrug. Der „Offene Brief“, die „Frage“ Löbes soll den Arbeitern einen „Kampf“ der SPD gegen Papen vortäuschen. Die Illusionen, die die SPD wieder über Hindenburgs Hilfe gegen den Faschismus schafft, bedeuten eine ausgezeichnete Unterstützung Papens und seiner Verfassungsänderungspläne.

Die SPD, die dem Faschismus den Weg bereitet hat, ist der Schrittmacher seiner weiteren Entwicklung. Wieder bestätigt sich:

Ohne Wels kein Hitler und kein Papen!

Die sozialdemokratischen Arbeiter können den Faschismus und die Verfassungsänderungspläne Papens nur ohne und gegen die Löbe und Wels bekämpfen. Nur in der proletarischen Einheitsfrontaktion mit den Kommunisten.

Am 6. November keine Stimme der Löbeschen Hindenburgpartei! Alle Arbeiter bekennen sich zur Liste 3, der einzigen antifaschistischen Partei, der KPD.

Reichsbanner von Nazis überfallen

Düsseldorf, 19. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Heute verteilten in der Nähe des Franz-Salus-Hauses 12 Reichsbannerarbeiter Flugblätter. 50 Nazis überfielen die Flugblattverteiler und gaben Schüsse ab. Ein Reichsbannerarbeiter wurde lebensgefährlich durch Bauchschuß verletzt.

Unseren Doffliturkollektiven von den wissigen Mann!

Der SPD-Arbeiter liest:

Ernst Thälmanns Antwort auf „21 Fragen von SPD-Arbeitern“.

„Was wollen die Kommunisten?“

„Wahr und Böhm über die Geheimverhandlungen zwischen Reichsbanner und SA.“

Der Naziarbeiter liest:

„Potempa.“

„25 Punkte, das Programm der NSDAP.“

„Los von Hitler.“ (Von ehemaligen Nazis geschrieben.)

Für das werttätige Landvolk:

„Landarbeiter im Kampf.“

„Was wollen die Kommunisten?“ (Für die Landbevölkerung.)

Broschüren, die jeder liest:

„Für die Arbeiter- und Bauernrepublik.“

„Wie und warum der Reichstag aufgelöst wurde.“

„Von Zwisdeln und Mudern.“

„Standgerichte.“

„Der Verrat von Hamburg und seine Lehren.“

Alle Broschüren kosten 10 Pfennig!

Klassenjustiz gegen hungernde Erwerbslose

Der Staatsanwalt beantragt 72 Monate, 1 Woche Gefängnis für Friedländer Wohlfahrtserwerbslose — Die Anklage wegen Landfriedensbruch und Aufruhr bricht zusammen — Werkfällige kämpfen mit der Roten Hilfe gegen die Klassenjustiz

Waldenburg. Am Montag rollten sich vor der Großen Strafkammer die Vorgänge im Rathaus Friedland, die sich am 1. Juni d. J. abspielten, ab. Die Wohlfahrtserwerbslosen sollten bekanntlich laut Beschluss des Kreisamtschusses erheblich gekürzt werden. Die Wohlfahrtserwerbslosen lehnten die Annahme der gekürzten Unterstützung ab und forderten Auszahlung der alten Mäße. Die Unterstützungsempfänger blieben im Rathaus und schickten eine Delegation zum Bürgermeister, der versuchte, telefonisch mit dem Landrat oder dessen Stellvertreter Rücksprache zu nehmen. Wie immer bei solchen Angelegenheiten waren die Herren nicht zu erreichen. Ein anderer Beamter war nicht zuständig. Die Delegation teilte das negative Ergebnis der Verhandlung den Wohlfahrtserwerbslosen mit, wodurch sich die Erregung derselben nur noch steigerte. Der Bürgermeister gab sich nicht die geringste Mühe, andere Wege zu finden, um wie andere Gemeinden die vollen Unterstützungen auszugeben. Seine Ansprache war: „Ich habe Zeit“ und „Gehen Sie stehlen, Hauptsache, Sie lassen sich nicht erwischen“, waren ebenfalls nicht dazu angetan, die erregte, verzweifelte Menge zu beruhigen. Nicht gedrängt standen die Wohlfahrtserwerbslosen mit Frauen und Kindern im Vorzimmer des Bürgermeisters, von wo auch schließlich ein Teil in das Amtszimmer gedrängt wurde. Trotzdem keiner der anwesenden Landräger angegriffen oder auch nur bedroht wurde, holte der Bürgermeister ein Kommando Schupo aus Waldenburg heran.

Brutal prügelten die Schupobeamten unter Leitung des Leutnants Berger in die hungernden Kinder, Frauen und Männer.

Ein älterer Beamter erklärte damals, daß die Leute doch durchaus friedlich sind, aber die jungen Beamten, die erst aus Frankfurt gekommen sind, etwas erleben wollen. Und sie läßt ihr weißes Mäntchen an abgemagerten, hungrigen Kindern und Erwachsenen, den Opfern des kapitalistischen Systems. Mit dem Polizeihüpfel sollte der Hunger gestillt werden, das war der einzige Ausweg, den der Bürgermeister Wefelscheldt fand.

Vierzehn Angeklagte standen vor den Schranken des Gefängnisses. Ihre Anklagen waren eine einzige Anklage gegen ein System, das Millionen Menschen weber Brot noch Arbeit geben kann. Ein einziger Notschrei verzweifelter, hungriger Menschen.

„Mit vier Kindern noch 2,60 Mark weniger, wo soll das hin-führen, wir haben ja schon fast nichts zu essen. Sechs bis sieben Wochen hatten wir kein warmes Mittagessen.“

Und dieser Angeklagte, ein älterer unbekannter Mann, hatte eine Zeitlang keinen Hunger mehr, nämlich, als er von jungen, unerfahrenen, uniformierten Proletariern mit dem Polizeihüpfel bewußtlos geschlagen war. — In einer Familie allein gehen sieben Personen „wohlfahrtlos“, man kann sich das Elend vorstellen. Eine noch-malige Kürzung der Hungerpennie ist unhaltbar. Von Anfang bis heute zeigte der Angeklagte K. den Verlauf der Vorgänge am 4. Juni. Die „gebildete“ Frau Bürgermeisterin suchte in die Leute. Unmenschen-schlag schlug die Schupo in Frauen und Kinder. Einer der Angeklagten schließt mit fünf unterernährten Kindern 18 Mark Unterstützung, die um eine Mark gekürzt werden sollte. Und der „gute Rat“ des Bürgermeisters: „Gehst du stehlen!“

Nicht die vierzehn Arbeiter gehörten auf die Anklagebank, sondern die Herren, die den Raub auf die Unterstützung beschlossen, und der Bürgermeister von Friedland, der absolut kein Verständnis für die Not und das Elend der Armen hatte, sondern dieselben zum Stehlen aufforderte.

Die acht Belastungszeugen konnten nicht ausagen, daß irgend-welche Gewalttätigkeiten von der Menge ausgeübt worden sind.

Staatsanwalt Schramm führte aus, daß der Angeklagte Schreiber, der als Stadtverordneter mit zum Bürgermeister delegiert war, nicht aus seiner „Parteihaftigkeit“ habe, als er das Ergebnis der Verhandlung mitgeteilt hat. Die Aufforderung des Bürgermeisters, stehen zu gehen, fand er nicht so schlimm. Die Angeklagten sollen „Opfer von Verführern, die sich im Hinterhalt brücken“, sein (also nicht Opfer der kapitalistischen Wirtschafts-ordnung).

Er beantragte gegen die Angeklagten Alfred Piesel 1 Jahr und 1 Woche Gefängnis (sofortige Haft), Alfred Fischer 1 Jahr Gefängnis (sofortige Haft) und die Angeklagten Friedrich Gläner, Richard Hoffdeutscher, Paul Ulrich, Alfred Anforge, Max Reichelt, Hermann Krebs, Hermann Felgenhauer und Heinrich Schreiber je 6 Monate

Schlesische Zuckerrabriten erzielen erhöhte Profite

Zuckerfabrik Altjauer verteilt 8 Prozent und Zuckerfabrik Fraustadt 5 Prozent Dividende — Land- und Industriearbeiter haben Hungerlöhne von 6,63 Mark an — In einer Arbeiter- und Bauernrepublik gibt es keine Armen und Reichen

Jauer. Die AG. Zuckerfabrik Altjauer legte ihren Geschäftsbericht für 1931/32 vor, der einschließlich des Gewinnvortrages aus 1930/31 (13 821 Mark) einen Gewinn von 213 890 Mark ausweist, von dem 8 Prozent Dividende ausgeschüttet werden. Es wird bekanntgegeben, daß die Landwirtschaft an dem diesjährigen Gewinn mit 78 279 Mark beteiligt ist.

Fraustadt. Der Aufsichtsrat der Zuckerfabrik Fraustadt hat beschlossen, für das am 31. August 1932 beendete Geschäftsjahr eine Dividende von 5 gegen 4 Prozent im Vorjahr vorzuschlagen. Der erzielte Gewinn hat sich also gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Aus den vorstehenden Meldungen von Jauer und Fraustadt ist zu entnehmen, daß die Zuckerrabriten in Schlesien trotz der Wirtschaftskrise in der Lage waren, ihre Profite zu erhöhen, während tauende Land- und Industriearbeiter brotlos wurden, oder mit einem, gegenüber dem Vorjahr weit geringeren Hungerlohn nach Hause gehen, sind die Unternehmer in der Lage, die Dividenden zu erhöhen, ihr Luxusleben ohne jede Einschränkung beizubehalten. Das ist nur auf Kosten der Arbeiter möglich! Die Gewinnbeteiligung der Landwirtschaft, z. B. bei der Zuckerfabrik Jauer, ermöglichten sich die Gutsbesitzer durch stärkste Ausplünderung der Kräfte der Landarbeiter, deren Frauen und Kinder. Es gibt zahlreiche Beispiele die beweisen, daß auf den Gutsböden Erwerbslose zu einem geringeren Lohn als selbst die Erwerbslosenunterstützung beträgt, beschäftigt werden. Ein solches Beispiel aus Glogau wollen wir dem erhöhten Gewinn der Zuckerfabrikanten gegenüberstellen, um damit allen Hungernden zu zeigen, wie die Satten auf ihre Kosten weiterproffen.

Der Lohn von 6 Tagen — 6,63 Mark

Das Arbeitsamt Glogau verschickte aus dem Dorfe Zerba u die erwerbslosen Industriearbeiter zum Kartoffelbuddeln. Rechnen die Arbeiter diese Arbeit ab, so wird ihnen die Unterstützung

Praktische Solidarität!

Jauer. Der Genosse H. C. Jammelte in fünf Tagen für die Note Hilfe 14,50 Mark. Der Genosse Fritz G. 10 Mark und der Genosse G. M. mit noch einem Genossen aus dem Betriebe 22,25 Mark. Genossen, wo bleibt ihr mit euren Ergebnissen? Bergeht unsere Klassen-genossen in den Gefängnissen und Zuchthäusern nicht! Liebt Soli-darität!

Gefängnis. Für die Angeklagten Erich Hoffmann, Paul Vogel, Richard Heinz und Richard Kother beantragte er Freispruch.

Für dreizehn Angeklagte verpflichtete ein Rechtsanwalt der Roten Hilfe die Anklage und beantragte für alle Angeklagten Freispruch.

Das Gericht schloß sich dem Antrag des Staatsanwalts nicht an und verkündete folgendes Urteil: Piesel und Fischer je 3 Monate Gefängnis, Gläner, Hoffdeutscher, Ulrich, Anforge, Reichelt, Krebs, Felgenhauer und Schreiber je 1 Monat Gefängnis. Die Angeklagten Hoffmann, Vogel, Heinz und Kother werden freigesprochen.

Damit ist die große Anklage des Staatsanwalts zusammengebrochen. Er kündigte in seinem Plädoyer weitere Prozesse an, die sich mit denselben Vorkommnissen in anderen Gemeinden befassen. Das müssen alle Werktätigen zugleich als eine Aufforderung betrachten, den Kampf mit der Roten Hilfe gegen die Klassenjustiz, für die Freilassung der proletarischen Gefangenen zu verstärken!

Grenzlandumgebung der schlesischen Jungkommunisten

Die Zusammenkunft der Führer der GZJ. ist vorüber. Wie zum Dohn hatten sie für die Abhaltung ihrer Tagung, von der eine neue Welle des Klassenverrats ausgehen soll, ein Land gewählt, in welchem der KZV. mit den brutalsten Mitteln unterdrückt wird, verboten ist, die Tschchoslowakei.

Es ist eine Ehrenpflicht der revolutionären Jugend Deutschlands und insbesondere Schlesiens, der Avantgarde des tschechischen Jungproletariats in ihrem Kampfe gegen die tschechische Bourgeoisie einen-werts und die neuen sozialfaschistischen Wanderver der GZJ. andererseits zu helfen.

Mit diesem Vorwande bereite die schlesische KZV. D. gemein-sam mit dem tschechischen Bruderverbande ein Grenztreffen in Friedland vor. Dem Mordterror der tschechischen Regierung gelang es für diesmal zu verhindern, daß die tschechischen Genossen bis zur Grenze gelangen konnten. Wir wissen noch nicht, welche Opfer ihre Versuche gekostet haben, aber das eine ist gewiß: Die tschechischen Jungkommunisten haben erkannt, daß es nun um so notwendiger ist, in unverbrüchlicher Solidarität den tschechischen Genossen beizustehen. Der Kampf gegen Hunger, Faschismus und imperialistischen Krieg, der Kampf gegen die „eigene“ Bourgeoisie, das ist die Hilfe, die wir dem tschechischen Jungproletariat und mit ihm den Aus-beuteten der ganzen Welt leisten können, und unter diesen Lösungen, in diesem Geiste fand auf deutscher Seite die Grenzlandumgebung statt.

Die Demonstrationen wurden verboten und erst nach lang-wierigen Verhandlungen wurde die Erlaubnis für eine Saalkund-gebung erteilt. Die Kundgebung war gut besucht. Die Ausführungen des Vertreters des KZV. wurden mit großer Begeisterung auf-genommen, und der „säßbare“ Erfolg war eine neue Ortsgruppe des KZV.

Friedländer Genossen! Ihr steht auf Kampfposten. In den Grenzgebieten schlagen die Wellen des Chauvinismus am höchsten und

deshalb müssen die revolutionären Jungarbeiter in den Grenz-gebieten das Höchstmäß an Aktivität im Kampfe gegen den imperia-listischen Krieg aufbringen!

Vor der Kundgebung, in der Zeit von 14—15 Uhr, wurde von den Breslauer Genossen und den Genossen des UB. Walden-burg, eine systematische Haus- und Hofpropaganda durchgeführt. Kein Winkel von Friedland blieb übrig, der nicht bearbeitet wurde. Der Erfolg blieb auch nicht aus: Allein die Breslauer Genossen und an ihrer Spitze der Stadteil Scheitig, erzielten folgenden Umfab: 63 „KZV.“, 36 Broschüren, 19 „Der Jungprolet“, 30 Jugend-

Willi Münzenberg

spricht am 28. Oktober im Messehof! Der Name Willi Münzenberg ist untrennlich verbunden mit der Geschichte der revolutionären Jugendbewegung. Das bedeutet: Am 28. Oktober Massenaufruf der Jungarbeiter-schaft in Breslau.

plaketten. Ferner wurden auf Sammelzettel zur Reichstagswahl insgesamt 5.72 RM. gesammelt.

Stürmische Begeisterung erregte die Anwesenden, als dann Ge-nosse Paul in kurzen Zügen den Arbeitern schilderte, wie in der Sowjetunion, in der er Monate gewohnt hat, die Arbeiter und Jung-arbeiter am Aufbau des Sozialismus arbeiten. Die Agitatortruppe der Jugend zeigte in einigen Szenenbildern das Leben der Jung-arbeiter und erhielt großen Beifall. Die versammelten Arbeiter pro-testierten gegen die geplante Verurteilung von 14 Friedländer Ar-beitern und forderten ihre Freilassung; dazugehörig protestierten sie gegen das Verbot der „Jungen Garde“ und forderten die sofortige Aufhebung des Verbots. Begeistert jangen die Arbeiter am Schluß der Kundgebung die „Internationale“ und gelobten, alle Kräfte ein-zusetzen, um die Kriegspläne der Kapitalisten zu verhindern, und zum 6. November die Hungernden für die Liste 3, KZV., zu mobilisieren.

Jungkommunisten! Ihr seht, systematische Arbeit führt zum Ziel! Nicht nur in Friedland, sondern überall mit Kühnheit und Entschlossenheit heran an die Arbeit! Im Zeichen der Einheits-frontaktion aller Jungwerttätigen im Betrieb und an der Stempel-stelle, im Arbeitsdienst und in der Berufsschule.

Jungkommunisten in die vorderste Reihe! Gehaltet den 6. November zu einem gewaltigen Bekenntnis für den außerparlamentarischen Massenkampf, für die Einheitsfrontaktion aller Jungerwerttätigen.

entzogen. Die Lohnhöhe eines Arbeiters, der ebenfalls mit Kartoffeln-buddeln beschäftigt war, sieht folgendermaßen aus:

Abrechnung		
vom 30. 9. bis 6. 10. 1932		
81 Scheffel à 10 Pfennig		8,10 M
abzüglich:		
Invalidenversicherung	0,60 M	
Krankenkassenbeitrag	0,72 M	
Erwerbslosensfürsorge	0,15 M	1,47 M
ausgezahlter Betrag:		6,63 M

So wie diesem Arbeiter, erging es in den letzten Wochen Hunderten. Davon dieser Erwerbslose sich und seine Familie ernähren soll, ist ein Rätsel. Nicht kann klarer den Gegensatz in dem kapitalistischen Deutschland zwischen Arm und Reich aufzeigen, als gerade unsere Meldungen über die Gewinne der schlesischen Zuckerrabriten und über den Hungerlohn des Arbeiters aus Zerba u.

Die Hungernden müssen zum Kampf um die Befreiung dieses Gegenjages gemeinsam antreten. Der Gegensatz zwischen Arm und Reich kann nur durch den täglichen gemeinsamen Widerstand gegen Hungerlöhne und -Unterstützungen, gegen das kapitalistische System und seine Verteidiger beseitigt werden. An seine Stelle muß die deutsche Arbeiter- und Bauernrepublik treten. Dafür demonstrieren am 6. November alle Hungernden gegen die Satten, indem sie der Liste 3, der KZV., ihre Stimme geben!

Unerhörter Freispruch eines Rittergutsbesizers

Liegnitz. Die Große Strafkammer in Liegnitz hat in der Verurteilungsverhandlung den Rittergutsbesizer Proste, der wegen Nötigung und gefährlicher Körperverletzung angeklagt war, freigesprochen. Dieses ungeheuerliche Urteil wird in ganz Deutsch-land einen Empörungsturm entfachen. Hatte doch der Rittergutsbesizer einen regelrechten Mordanschlag auf eine Landarbeiterfamilie verübt,

indem er einen seiner Knechte befehl, den Schornstein der Land-arbeiterwohnung zu verstopfen, um die Familie „anzuräuchern“. Nur dank dem Umstand, daß der Landarbeiter mitten in der Nacht aufwachte, wurde die Familie — Mann, Frau und drei kleine Kinder — vom Erstlingsstod gerettet. Aber alle erkrankten an schwerer Kohlenoxydgas-Vergiftung. Im ersten Prozeß erhielt der Ritter-gutsbesizer 6 Monate Gefängnis, sein Knecht, den er zur Untat ange-schickt hatte, 1 Monat. Jetzt muß das Opfer des Rittergutsbesizers brummen, während der Mordanschlag frei ausgeht. Kampf dieser Justiz und ihren Verteidigern!

Bier Stunden Arbeitszeit für eine Bettel-suppe

Grünberg. Was der SPD.-Wohlfahrtsdezernent Kaupke den Erwerbslosen zumutet, das spottet jeder Beschreibung. Kommen da-neulich ein paar Erwerbslose per Rad von Stettin und verlangen ein warmes Mittagessen aus der Volksküche. Großmützig wird ihrem Verlangen entsprochen. Sie müssen aber als Entgelt jeder 4 Stunden Holz haben. Da das Essen, es handelt sich um die berühmten „Suppen“, nur 20 Pf. kostet, und in Wirklichkeit nur 10 Pf. wert ist, so kann sich jeder ausrechnen, was die Profeten da die Stunde ver-dient haben. Ein Stundenlohn von 2 1/2 Pfennig, das ist so echt sozialdemokratisch. Ob Herr Kaupke auch mit einem derart „hohen“ Lohn zufrieden wäre?

Jungpioniere!

Weißstein. Jungpioniere im Alter von 12, 13 und 14 Jahren, können sich noch zum Esperanto-Anfänger-Kursus melden, und zwar Mittwoch, den 19. Oktober, im Jugend- und Wohlfahrtsgebäude (Grüner Weg), 2. Stod.

Landsonntag am 23. Oktober

Für Sonntag, den 23. Oktober, sind von dem größten Teil der Stadtteile sowie Ortsgruppen zum Reichstagslandsonntag noch keine Land- und Forstarbeiterzeitungen bestellt worden. Versäumtes ist sofort nachzuholen. Bestellungen Wallstraße 21, 3. Stod, im Büro der RGD. Schlesien.

KAUFHAUS SCHOCKEN WALDENBURG

Tafelmargarine in Pfund Würfeln

000	111	222	333
26	32	40	45

in unver-änderter, stets frisch ein-gehender Qualität

KAUFHAUS SCHOCKEN WALDENBURG

Ein Waggon

Neue Vollheringe 10 Stück - .48

Aufruf der chinesischen Sowjetregierung

Gegen den Lyttton-Bericht — Gegen jede Verhöhnung des chinesischen Volkes!

Shanghai, 18. Oktober. Die „Shanghai Times“ berichtet, daß der Vorsitzende der Zentralregierung der Sowjetrepublik in China, Mao Tse-tung, einen Aufruf unterzeichnet hat, der sich an die Arbeiter, Bauern und alle unterdrückten Massen Chinas richtet. In dem Aufrufe heißt es, wie die „Shanghai Times“ berichtet, daß der Lyttton-Bericht ein neues Glied in der Kette der Verhöhnung der unterdrückten Massen Chinas durch die Imperialisten und den Völkerbund ist und einen neuen Plan zur Knechtung Chinas zwischen den imperialistischen Mächten sowie zur Knechtung der werktätigen Massen Chinas darstellt.

Der Aufruf fordert die werktätigen Massen zum revolutionären Kampf für die Niederwerfung der Kuomintang und für die Errichtung der Sowjetrepublik in ganz China auf.

Japan will seinen Raub nicht teilen

Die japanische Antwort auf den Lyttton-Bericht

Tokio, 18. Oktober. Die halbamtliche Agentur Shim-bun-Kengo meldet, daß die japanische Antwort auf den Lyttton-Bericht fertiggestellt ist. Die Antwort lehnt den Lyttton-Bericht ab. Es wird darin behauptet, daß durch das Eingreifen der japanischen Truppen „zum ersten Male Ruhe und Ordnung in der Mandchurie wieder hergestellt“ worden sei. China sei kein geordnetes Staatswesen; dort herrsche Anarchie. Die chinesische Regierung trägt die Verantwortung für den Handelsboykott gegen Japan. Die japanische Regierung lehnt es ab, die Mandchurie unter internationale Kontrolle zu stellen, da diese Lösung unter allen Umständen undurchführbar sei.

Diese Antwort der japanischen Regierung war vorauszusehen. Der Lyttton-Bericht spiegelt zweifellos sehr stark die amerikanischen Interessen in der Mandchurie wider und bemüht sich, ein Kompromiß zu finden, in welchem möglichst alle großen imperialistischen Räuber auf Kosten Chinas und der Sowjetunion zufriedengestellt werden. Japan beabsichtigt jedoch nicht, seinen Raub zu teilen, wie aus der vorliegenden Antwort klar hervorgeht. Dieser Raub ist dem japanischen Imperialismus bewußt durch den Völkerbund ermöglicht worden.

Inzwischen währt der Krieg der nationalrevolutionären Aufständischen in der Mandchurie gegen die japanischen Eroberer weiter. Die Zahl der Aufständischen soll mehr als 150 000 Mann betragen. Die japanischen Truppen haben in den letzten Tagen zahlreiche Schläppen erlitten.

„Völkerbund — groteske Heuchelei“

Eingeständnisse Lloyd Georges über den Bankrott des Völkerbundes — Ein Kriegsinstrument der größten Räuber

Im „Berliner Börsen-Courier“ veröffentlicht Lloyd George einen Artikel „Völkerbund-Tragödie“, in welchem der ehemalige englische Premierminister u. a. folgendes ausführt:

„Sticht man zum Kern der Dinge vor, so hat sich der Völkerbund unfähig gezeigt, die Abrüstung vorwärts zu bringen, oder Kriegshandlungen, die eine mächtige Nation beging, zu verhindern oder zu bestrafen. . . Wenn trotz gegenteiliger feierlicher Zusicherungen Minderheiten schamlos gepeinigt, ungeheure Massenbelände aufgehäuft, Gebiete von einem anderen Volk abgetrennt, offene Städte bombardiert und die Zivilisten zu Tausenden getötet werden, — dann sinkt die feierliche Versammlung von Genf zu einer grotesken Heuchelei herab.“

Zu peinlich offensichtlich ist die Tatsache geworden, daß bedeutende Signatarmächte der Völkerbundsconvention Genf in erster Linie als ein wirksames Werkzeug für ihre eigenen nationalen Zwecke betrachten, es aber mit der Erreichung dieser Zwecke nicht zufrieden sind, wenn es sich in eine Richtung auswirkt, bei der sie nichts gewinnen konnten. (Es scheint, daß Lloyd Georges Kritik auf dieselben Ursachen zurückzuführen ist. Die Red.)

In einem Zeitpunkt, der ihm günstig schien, hat Japan für seine eigenen Ziele die Mandchurie von China getrennt. Weltweit China auf dem einzig möglichen Wege, nämlich durch den Boykott der japanischen Waren dagegen protestiert hat, haben die Japaner in einem plötzlichen Nervenanfall die Chinesen bei Shanghai blutig überfallen. Der Völkerbund hat „gedemütigt“ und gelegentlich gekriecht, aber ohne die leiseste Wirkung.

Lloyd George selbst erklärt in seinem Artikel, es könne ihm

niemand vorwerfen, er sei kein Freund der „Ideale des Völkerbundes“. Er weist darauf, daß er selbst diesem Völkerbund Geburtschmerzen gelistet habe. Wenn dieser Mitbegründer des Völkerbundes sein Produkt als eine „groteske Heuchelei“ bezeichnet, so ist das zweifellos darauf zurückzuführen, daß die Tätigkeit des Völkerbundes, diese Versammlung der imperialistischen Mordbrenner in den Augen der breitesten Massen bereits so kompromittiert hat, daß selbst Lloyd George nicht umhin kann, dies einzugestehen.

Aber noch ein anderer Grund ist für diese Betrachtungen Lloyd Georges ausschlaggebend. Der Völkerbund, der eine Zeitlang in erster Linie das Instrument des englischen Imperialismus war — damals hat ihn Lloyd George nicht als „groteske Heuchelei“ bezeichnet — ist heute vornehmlich das Instrument des französischen Imperialismus zur Aufrechterhaltung seiner Vormachtstellung geworden, was sich auch äußerlich in der Übernahme des Generalsekretariatspostens durch den Franzosen Avenol äußert. Und die englische Bourgeoisie wünscht durchaus aus dieser Vormachtstellung zurückzudringen, wenn sie nicht infolge ihrer schwierigen inneren und internationalen Lage daran gehindert wäre.

Die einzigen, die es heute noch immer wagen, die werktätigen Massen mit dem Hinweis auf den Völkerbund zu betrügen, das sind die sozialdemokratischen Führer, die selbst heute noch der restlosen Entlarvung dieses Mordbrennerbundes z. B. auf dem S. Z. Kongreß in Prag von einer „Erfüllung des Völkerbundes mit sozialistischem Geist“ redeten.

Rumänien hintertreibt Nichtangriffspakt

Moskau, 17. Oktober. Die Presse veröffentlicht ein Interview des Genossen Litwinow über die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und Rumänien, die den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zum Gegenstand haben. Genosse Litwinow schilderte zunächst einmal die Geschichte der Verhandlungen, in deren Verlauf die rumänische Regierung zweimal ihre eigenen Vertreter desavouierte und die bereits erzielten Vereinbarungen für nichtig erklärte. Genosse Litwinow äußerte sich sodann weiter:

„Es ist deutlich zu ersehen, daß das Abkommen längst zustande gekommen wäre, wenn Rumänien tatsächlich den Abschluß eines Nichtangriffspaktes angestrebt und nicht Abzweck verfolgt hätte. In der Desavouierung der eigenen Vertrauensleute spiegeln sich die in Rumänien innerhalb der herrschenden Schicht vorhandenen Gegensätze wider. Der Verlauf der Verhandlungen erweckt oft Zweifel, ob der Wunsch Rumäniens nach Abschluß eines Paktes auch ernsthaft und aufrichtig sei. Wir haben in letzter Zeit von verantwortlichen Politikern Rumäniens Äußerungen gehört, daß Rumänien eines solchen Nichtangriffspaktes nicht bedürfte. Von solchen Politikern (gemeint ist zweifellos Titulescu) läßt sich schwerlich erwarten, daß sie Verhandlungen, die den Abschluß eines Abkommens zum Ziel haben, pflegen werden.“

Was die Sowjetregierung anbetrifft, so ist sie jetzt, wie im Laufe der ganzen Verhandlungen, vom aufrichtigen Streben nach Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Rumänien besesselt. Sie hält eine abermalige Unterzeichnung des Kellogg-Paktes für überflüssig und mißt der Unterzeichnung besonderer gegenseitiger Pakte als Garantie des Friedens eine größere Bedeutung bei als dem Kellogg-Pakt, der die Entschung eines bewaffneten Konflikts zwischen Japan und China bekanntlich nicht verhindert hat. Die Sowjetregierung kann damit jedoch nicht einverstanden sein, daß die Verhandlungen in einer so ernstlichen Frage zu einem diplomatischen Ränkespiel mit ihr unbekanntem und fremden Zielen geworden sind. Ich bin überzeugt, daß nach den Genfer Verhandlungen der Standpunkt der Sowjetregierung in dieser Frage der rumänischen Regierung genügend bekannt ist.“

Rumänische Regierung gestürzt

Bukarest, 17. Oktober. Der rumänische Ministerpräsident Paica-Boiwod hat dem König die Demission des Gesamtkabinetts überreicht, die angenommen wurde.

10. November — Weltkongreß der I.R.S.

Aufruf des Exekutivkomitees der Internationalen Roten Hilfe

An alle Werktätigen!

Am 10. November tritt in Moskau der Weltkongreß der Roten Hilfe zusammen. Der Kongreß wird die Leistungen der Internationalen Roten Hilfe während der zehn Jahre ihres Bestehens aufzählen. Der Kongreß wird euch alle auffordern, der Roten Hilfe beizutreten, ihre Reihen zu erweitern und zu festigen. Die Stimme der Roten Hilfe muß von allen Werktätigen gehört, ihr Ruf einmütigen Widerhall erwecken.

Seht euch um! In den kapitalistischen Ländern wütet der unerhörte grausame faschistische Terror, überall werden Polizei und Justiz eingesetzt!

Hörcht auf! Aus allen kapitalistischen Gefängnissen erschallen Hilferufe. Kampf gegen die Unterdrücker, die an euren gefangenen Klassenbrüdern die grausamsten Mißhandlungen verüben, ist eure Pflicht!

Ihr alle, eure Angehörigen und Verwandten, Arbeiter und

Arbeiterinnen, ihr Werktätigen aus Stadt und Land, seid von demselben Los bedroht!

Die Sache der Roten Hilfe ist eure ureigene Sache! Sie ist der untrennbare Teil im gemeinsamen Kampf für Arbeit und Brot, gegen den imperialistischen Krieg und gegen einen Ueberfall auf unser einziges Vaterland, die Sowjetunion!

Tretet in Massen in die Reihen der Roten Hilfe ein! Möge das Zeichen der Roten Hilfe, die rote Fahne, die noch hinter Kerkergittern heraufplattert, bald den ihr gebührenden Platz in jeder Arbeiter- und Bauernfamilie einnehmen!

Es lebe die Internationale Rote Hilfe!

Es lebe die internationale Solidarität der Werktätigen im Kampf gegen weißen Terror, Faschismus und Kriegsgefahr!

Das Exekutivkomitee der Internationalen Roten Hilfe.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr.-Verlag, Berlin (Internationale Memoiren, Band 4). Uebersetzt von Olga Halpern.

15. Fortsetzung

Ich werde Ihnen eine Reifemöglichkeit auf dem Dampfer „Berta“ bis nach Mariampolj vermitteln. In einigen Tagen kommt dieser Dampfer tragen. Ich selbst schlich mich, nachdem mein Koffer ihre Sachen vor und machen Sie sich reisefertig. Der Kapitän ist katholischer Gutsirer und hält sich nicht gerne hier auf. Sofort nach Beendigung der Ladung erteilt er den Befehl zur Abfahrt.“

Endlich kam der Dampfer „Berta“. Ich sagte allen, daß ich mit dem Zug nach Mariampolj fahre, beschwindelte also die Gendarmen und ließ von grünen Genossen meine Sachen auf den Dampfer tragen. Ich selbst schlich mich, nachdem mein Koffer schon auf dem Dampfer war, unbemerkt von den Spiegeln, die mich auf dem Bahnhof suchten, hinauf.

Der Chef der Kutaisser Gendarmerieleitung schrieb in einer Meldung an das Polizeidepartement, daß im am 19. August 1901 von Batum abgefahren sei und erst am 12. Mai 1902, das heißt fast ein Jahr später, nach sorgfältigem Suchen, gefunden wurde.

Auf dem Dampfer

Dichter grauer Nebel hüllte den Batumer Hafen, das Meer und das Ufer ein, als in der Nacht vom 19. auf den 20. August 1901 der Handelsdampfer „Berta“ den Hafen von Batum verließ. Die Lichter flimmerten spärlich und schwach hinter dem grauen Schleier. In drei Schritten Entfernung war nichts zu sehen. Der Dampfer bewegte sich langsam dem offenen Meer zu.

„Wer fährt dort? He, wer fährt dort? Sagt doch, wer fährt?“ ertönten Stimmen aus dem Nebel. Der Dampfer schwieg, setzte seinen Weg, ohne die Schreie zu beachten, fort.

„Sagt doch endlich, wer seid ihr, ihr verdammten Kerle!“ „Berta“, ertönte endlich die leise, im Nebel ertrinkende Antwort von unserem Dampfer.

„Warum schweigt ihr also, ihr Hunde?“ schrie die Stimme aus dem Nebel heraus. „Kannt ihr nicht die Vorschriften?! Hier ist eine Fesselung, Belagerungszustand. Ihr werdet Strafe zahlen müssen. Der Teufel soll euch holen!“ schrie die Stimme immer weiter und verstummte dann endlich.

„Ebenso wie der Dampfer durch den dichten Nebel aufs Geratewohl fährt, so weiß auch ich nicht, was mich im Norden erwartet. Ich kam als gelunder Mensch, voller Kraft und Energie, nach Batum. Ich lehre in den Norden als frakter, geschwächter, physisch gebrochener Mensch zurück. Mein erster Wurf ist mir nicht geglückt!“ ging es mir durch den Kopf.

Mir diesen Gedanken schloß ich unter dem gleichmäßigen Rattern der Maschinen und dem Klang des Wellenschlages gegen den Dampfer, in der Kajüte des Kapitäns ein.

Ich erwachte am frühen Morgen auf dem schmalen Bett der Kajüte und erblickte großes Sonnenlicht, das durch das kleine, runde Fenster sich in breiten, hellen Streifen auf die Wände legte. Das Schlagen der Wellen gegen das Schiff war nicht mehr zu hören. An das Ohr drang nur das angenehme Rauschen der Wellen, die der Dampfer zerschneidet. Es zog mich auf das Deck. Zum erstenmal in meinem Leben machte ich eine Seereise. Das dunkelblaue Meer auf der linken Seite des Dampfers, die wunderschönen Umrisse des kaukasischen Ufers auf der rechten Seite, die ungewöhnlich reine, gelunde Seeluft, der blaue Himmel, das Sonnenlicht, die Delfinherden, die den Dampfer begleiteten — das alles überraschte mich, festelte meine Aufmerksamkeit, rief eine Begeisterung über die herrliche Natur Schönheit in mir hervor.

„Herrlich ist die Welt, in der wir leben“, dachte ich. „In so einer Welt ist ein besseres, schöneres Leben bestimmt möglich!“

„Schön ist es auf dem Meer“, sagte ich dem Stellvertreter des Kapitäns, mit dem ich in einer Kajüte fuhr. „Sie sind zu beneiden.“

„Warum?“ fragte er.

„Weil Sie immer auf dem Meer sind.“

„Sie irren sich; da gibt's nichts Beneidenswertes. Es ist wohl angenehm, ein- oder zweimal eine Meerfahrt zu machen, wie Sie es jetzt tun, aber beständig, sein ganzes Leben diese Küstenhandfahrten mitzumachen, ist wirklich kein Vergnügen, besonders nicht im Winter, während der Stürme. . . Kommen Sie mal im Winter, im Frost, auf unseren Dampfer, wenn alles auf dem Dampfer zu Eis wird, wenn der Sturm das Steuerbord fast herunterreißt, versuchen Sie mal, da oben am Deck zu stehen, besonders in der Nacht,

wenn der Sturm heult, ein Schneegestöber treibt und nichts zu sehen ist. . .“

„Ja, es gibt wohl Augenblicke, wo das Meer, wie zum Beispiel jetzt, von einer so unbeschreiblichen Schönheit ist, daß man sich nicht sattsehen kann“, setzte er fort, „in solchen Augenblicken liebe ich das Meer. Es gibt aber Tage, an denen ich das Meer hasse. Das Bewußtsein, an diesen alten Kästen, der von Ratten wimmelt, gefesselt zu sein, ist fürchterlich. Das ist doch kein Dampfer! Er wurde in England wegen Untauglichkeit an meinen Brotgeber, einen Juden aus Odessa, verkauft. Ist denn das ein Leben hier?! Wenn man sein ganzes Leben so hin- und herpendelt, kann man leicht vollständig verkommen, verbildeten, Säuer werden. . .“

Er verstummte. Unsere Aufmerksamkeit wurde von furchtbaren Schreien abgelenkt, die aus der Maschinenabteilung zu uns drangen.

„Immer wieder daselbe“, sagte der Stellvertreter des Kapitäns. „Hören Sie nur zu, was da vorgeht.“

Ich trat zur Luke, die zum Heizraum führte.

„He, ihr Müßiggänger“, schrie der erste Heizer, der unten bei den Dampfesseln stand, zu den Passagieren der dritten Klasse herauf, die unentgeltlich fuhrten und die sich verpflichtet hatten, ihr Fahrgehalt abzarbeiten. „He, ihr, seht müßt ihr scheuern, heizen! Nehmt das Schürreisen! Nimm du die Schaufel und schweiß Kohle in den Ofen, aber rascher! Rühr dich! Glaubst ihr, wir werden euch umsonst fahren und füttern, ihr Faulpelze! Ihr wißt nichts anderes, als fressen, schlafen und eure Kleider zerreißen! Arbeiten wollt ihr nicht! Ich werde euch schon zeigen, ihr verfluchten Hunde, wie man um eine Gratsfahrt auf dem Dampfer bestellt: Euer Hochwohlgeborenen, Herr Kapitän, bitte, nehmen Sie mich bis nach Mariampolj mit, ich werde das Fahrgehalt abarbeiten!“ — und jetzt, jetzt liegt ihr da wie die Faultiere!“

Der erste Heizer, der ruß- und schweißbedeckt einem schwarzen Teufel glich, gab den Neulingen im Heizerberuf nicht einen Augenblick Ruhe, dabei haute er nach gewohnter Art bald dem einen, bald dem anderen eine Ohrfeige herunter. Die armen Passagiere der dritten Klasse krümmten sich unter seinen Schlägen wie Sünder am Höllenspieß, naß vor Schweiß und schwarz von Ruß.

„Was drängst du dich da auf das Deck?“ schrie er plötzlich einen der Passagiere an, der verfluchte, aus dieser Hölle loszukommen. „Auf das Deck willst du? Willst dich wie ein Schwein in der Sonne wärmen? Ich werde dir schon zeigen, was ein Deck ist!“

(Fortsetzung folgt.)

Jeder Tag bringt neue Streits gegen Lohnabbau

In der Trohner Steingutindustrie hat am 15. Oktober der Streik gegen den durch Schiedspruch angeordneten Lohnabbau von 3 1/2 Prozent begonnen. Seit Tagen hatte die Mikrotaktik des Fabrikarbeitersverbandes versucht, den Streik zu verschleppen und zu sabotieren. Nach Ausbruch des Streits hat sie den Unternehmern Arbeitsanträge, sowie die Arbeit der Meister und Kriegsbeschädigten zugestimmt. Die Belegschaften der Steingutbetriebe sind entschlossen, die Niederlagenstrategie der Mikrotaktik zunichte zu machen und den Kampf unter selbstgewählten Kampfleitungen erfolgreich durchzuführen. Gegen unerhörte Lohnverschlechterungen sind die Arbeiterinnen

der Landwirtschaftlichen Abteilung der Nullinfabrik in Ludwigshafen in den Streik getreten. Nach dem geplanten Lohnabbau verdienen die Arbeiterinnen nicht mehr als 60 Pfg. den Tag.

Am 17. Oktober sind in Chemnitz die Bauarbeiter der Baustelle G L ä s e r (etwa 50 Mann) gegen einen Lohnabbau von 50 Prozent von der 31. bis 40. Stunde in den Streik getreten.

Auf dem Gut Dörge in Brehna (Bezirk Halle) stehen die Landarbeiterinnen seit dem 14. Oktober im Streik. Der Kampf richtet sich gegen ein Lohnabbauakt des Gutbesizers.

Also, die Unternehmer rechnen mit der Hilfe der Gewerkschaftsführer. Noch deutlicher fährt dann die „M.Z.“ fort:

„Der Kleinkrieg, der jetzt um die Lohnsenkungsverordnung ausgebrochen ist, hat vielleicht bei all seinen schweren Nachteilen den einen Erfolg, daß er beiden Parteien die Grenzen ihrer Macht zeigt und andererseits den Zwang zu einer raschen Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Interesse der Gesamtwirtschaft und der Arbeitslosen so bringlich wie noch nie erweist. So kommt es wirklich nicht darauf an, daß jeder Buchstabe der Notverordnung peinlich gewahrt wird, wenn es nur gelingt, daß ihr Geist und ihr letztes Ziel einen Niederschlag in der praktischen Lohnpolitik finden. Beide Parteien sollten daher zu rasch wie möglich versuchen, in ihre Tarifverträge die Gedanken einzubauen, die sich aus dem Programm zur Überwindung der Krise, zur Anurbelung einer neuen Konjunktur ergeben. In jedem einzelnen Gewerbebezirk mögen die praktischen Einzelheiten verschoben gelagert sein. Maßgebend ist allein der Wille der führenden Arbeitgeber und Gewerkschaften, eine grundsätzliche Verständigung zu suchen...“

Wieder Großkampf in der Textilindustrie

Wie schon kurz gemeldet, sind die Textilarbeiter und -arbeiterinnen der Jutespinnerei in Braunschweig sowie die Belegschaft der Ravensberg-Spinnerei in Wolfenbüttel am 17. Oktober gegen Lohnabbauanschläge in den Streik getreten.

Die etwa 600 Mann starke Belegschaft der Jutespinnerei, Braunschweig, die bereits seit dem 14. Oktober in passiver Resistenz stand, versammelte sich am Montag früh vor dem Betrieb und auf dem Hof des Betriebes. Die Firma forderte die Arbeiter auf, sich in Listen einzuzuschreiben, um damit den geforderten Lohnabbau anzuerkennen. Die große Mehrheit lehnte das ab. Polizei- und Kriminalbeamte versuchten daraufhin die Belegschaft auseinanderzutreiben. Sprechstunde der Arbeiter riefen zum Streik und zur Einheitsfront auf.

In einer sofort durchgeführten Betriebsversammlung beschloß die Belegschaft, den begonnenen Streik bis zur Erfüllung ihrer Forderungen fortzuführen. Der am 15. Oktober gewählte Kampfausschuß wurde noch durch zwei Vertreter der Jugend ergänzt. Gleichzeitig wurde ein Solidaritätsausschuß aus acht Kollegen gebildet. Vor dem Betrieb wurden Massenstreikposten aufgestellt. Die Führung des Kampfes liegt in den Händen der KPD.

In der Ravensberger Spinnerei begann der Streik nach Ablehnung der Belegschaftsforderung auf Zurücknahme des angeordneten Lohnabbaues. Am 17. Oktober früh um 6 Uhr versammelte sich die Belegschaft geschlossen vor dem Betrieb als Massenstreikposten. Zehn Streikbrecher, die schon vorher in den Betrieb gegangen waren, wurden von der Firma selbst nach Hause geschickt, da mit ihnen der Betrieb nicht in Gang gesetzt werden konnte. In einer anschließend durchgeführten Belegschaftsversammlung sprach ein Vertreter der KPD. Er fand die einstimmige Zustimmung der gesamten Belegschaft. Vertreter der reformistischen Verbändebürokratie, die versucht hatten, den Streikensbruch zu verhindern, magten nicht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Belegschaft ist entschlossen, den begonnenen Kampf bis zum Erfolg durchzuführen.

ten. Im Genusse seines Glücks und seiner Beschäftigungsprämien wird er kaum damit rechnen können, daß die weniger glücklichen Konkurrenten, die zudem noch höhere Löhne zahlen müssen, sich sonderlich begeistert zu opferreichen Solidaritätsmaßnahmen entschließen werden.“

Nachdem so das Unternehmervolk die bisherige Methode der Lohnabbauanschläge als zu primitiv kritisiert hat, schreibt es weiter:

„Wäre es rechtzeitig gelungen, in freien Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften den jeden Industriezweig und Wirtschaftszweig angemessenen Lohnstand zu regeln und in jedem Tarifvertrag Vorkehrungen für die Berücksichtigung wichtiger individueller Betriebsinteressen zu schaffen, so wäre das Tarifsystem selbst von Erschütterungen freigeblichen und manche Zuspitzung der sozialen Gegensätze vermieden worden.“

Es geht vorwärts in der schwarzen Grafschaft Glab!

Auch in den entlegensten Nestern werden Ortsgruppen der Partei geschaffen

Es läßt sich nicht mehr aufhalten; die Arbeiter und Werktätigen der Grafschaft Glab stoßen zur KPD, angezogen und enttäuscht von dem Geheiß und Volksbetrug der Nazi und SPD, die Rolle des Klerus erkennend. Ehemalige Hochburgen der SPD und der Nazi werden zu roten Hochburgen! In Friedrischgrund, Kaulbrunn, Kalferswalde eine neue Ortsgruppe geschaffen. Nach einer Versammlung, in der vor kurzem der Genosse B e d e r sprach, fand eine Stubenbesprechung statt. Von den 12 Anwesenden traten 11 sofort der Partei bei. Der Zwölfte kommt erst, wenn wir das Versprechen gehalten haben, eine neue Versammlung zu machen. Er bringt noch einige mit. Alles frühere SPD-Deute!

Auf der Stempelstelle Altheide bildeten die Christen einen Gewerkschaftsausschuß, der geschlossen an uns herangetreten ist und mit uns in rater Einheitsfront kämpft. In Rüders traten am Sonntag 3 Arbeiter in die Partei ein, darunter 2 Reichsbannerkameraden. Die SPD. versucht mit allem Krampf zu retten, was zu retten ist. Aber in ihren eigenen Versammlungen, wie in Rüders,

und Geschäftsleute geben ihnen nichts mehr zu fressen. Das Braune Haus in Rüders mußte geschlossen werden. Nazis bestehlen und begauern sich untereinander. Die Gutсарbeiter meutern gegen ihre Naziherren und erklären sich offen für die einzige revolutionäre Freiheitsbewegung, für die KPD. Die Gewerkschaften schließen sich unter unserer Führung fester zusammen und beginnen zu kämpfen. In wenigen Tagen wurde in Rüders eine starke Gruppe des Kampfbundes gegen den Faschismus geschaffen.

Die Partei und unsere Anhänger müssen jetzt mehr denn je auf dem Posten sein! Durch keine Provokation des Klassenfeindes und zerfahrene Elemente von der beginnenden revolutionären Massenarbeit abhalten lassen!

Das Problem unserer Parteiarbeit ist: Eroberung der Betriebe, der Stempelstellen und des werktätigen Dorfes! Stärkt die Kadern, werbt neue Kämpfer und Zeitungslieferanten! Entschneid den roten Massensturm der Einheitsfrontaktion im schwarzen Glager Land, der Zwingburgen der Reaktion, des Faschismus und Reformismus, für die Liste 3! Die Zeit ist günstig!

Streikfront der Weserschiffer steht fest

Minden, 19. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die Streikfront der Weserschiffer steht unerschütterlich. In welcher verzweifelter Lage sich die Unternehmer befinden, zeigt, daß sie jetzt die Nachricht verbreiten, sie hätten mit den Führern des Gesamtverbandes eine freie Vereinbarung getroffen, daß Lohn- und Manteltarif bis zum 31. März 1933 verlängert werde.

Die Streikenden, die überall unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen stehen, haben gestern abend begeistert in ihren Versammlungen beschlossen, daß alle Abmachungen der Unternehmer mit der Gewerkschaftsbürokratie nicht beachtet werden. Kein Schiffer läßt sich von der Gewerkschaftsbürokratie betrügen; maßgebend allein sind die selbstgewählten Kampfleitungen und nur deren Anordnungen werden befolgt. Der Kampf geht verschärft weiter gegen jede Verschlechterung der Löhne und des Manteltarifs, um Erhöhung der Entschädigung der Schiffsjungen, für Anerkennung des Roten Einheitsverbandes als Tarifkontrahent.

Streiterfolge unter KPD-Führung

Düsseldorf, 19. Oktober. (Eig. Drahtber.) Unter Führung der KPD. wurden im Hochofenwerk der Dortmunder Union durch Arbeitsniederlegung sechs Prozent Erhöhung erkämpft.

Im Walzwerk der Dortmunder Union wurde unter Führung der KPD. die Zurücknahme der Prämienförmung erreicht, außerdem die Guttschrift von 25 Tonnen pro Kopf und Tag erkämpft, was eine Lohnerhöhung von 50 Prozent ausmacht.

Im Hölzwerk Dortmund wurde der Lohnabbau unter Führung der KPD. zurückgeschlagen. Der alte Lohn wird weitergezahlt, die Neueingestellten bleiben im Betrieb.

Erfolgreiche Landarbeiterstreits

Auf dem Rittergut Maasitz bei Großdörsitz in Sachsen haben die Kartoffelbuddlerinnen wegen unerhöhter Hungerlöhne die Arbeit niedergelegt. Nach halbtagigem Streik mußte der Bauer die Bezahlung des Tariflohnes bewilligen.

Auf dem Gute Wozeten bei Saage erreichten die Kartoffelbuddler durch entschlossenen Kampf eine Zulage von 1 Pfennig pro Kope. Als ihre Forderung zuerst abgelehnt wurde, legten sie die Arbeit nieder und zogen geschlossen zur Gutsverwaltung. Unter dem Druck der Arbeiter war die Verwaltung gezwungen, die Arbeiterforderung zu bewilligen.

Vor neuen schärferen Vorstößen des Unternehmertums!

Hinter den Kulissen haben sowohl geheime Verhandlungen der Unternehmervührer wie Besprechungen der Unternehmer mit Gewerkschaftsführern stattgefunden. Die Unternehmer sehen ein, daß sie in den letzten Wochen durch die Kampfschlossenheit der Arbeiter einen Misserfolg zu verzeichnen haben. Die Kapitalisten rüsten aber zu neuen schärferen Vorstößen und sie suchen nach wirksameren Kampfmethoden. Des geht auch aus einem Leitartikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 14. Oktober hervor, in dem es heißt:

„Eine besondere Schwäche der Lohnsenkungsverordnung liegt darin, daß sie zwar in einer theoretischen Konstruktion richtig ausgeht, aber den praktischen Bedürfnissen und Machtverhältnissen im Wirtschaftsleben leider zumeist Rechnung trägt. Der Unternehmer, der in der glücklichen Lage ist, große Aufträge zu erhalten, wird häufig am wenigsten geneigt sein, gerade im Augenblick der Mehrbeschäftigung einen Konflikt im Betriebe durchzuführen.“

wird, und wenn es der großhänuzige Oberclown Heinz selber ist, nicht nur von den parteilosen und kommunistischen, sondern auch von seinen eigenen Mitgliedern ausgelacht und niedergeschrien. Wir haben volle Versammlungen von gutem Kampfgeist beherbergt, das beweist Rüders und Habelschwerdt; die SPD. dagegen muß mangels Masse schliefen und den 10 Anwesenden, wie am Sonntagabend in Walddorf, das Geld zurückzahlen und der bide Wolf im Auto verduften. Nun versuchen sie es mit Diskussionen in kommunistischen Versammlungen. In Habelschwerdt wie in Rüders lassen sie gleich je zwei Boten los: den Heinz, den Fabrikarbeiterangehellen Beyer und besagten Wolf; letzterer mußte allerdings mit seinem Konzept in Rüders unter dem Hohngelächter der Versammlung abgeben wie Papen im Reichstag, ohne das Wort zu kriegen. Die Versammlung sah nicht ein, daß Wolf, der nach seiner verunglückten Walddorfer Versammlung um 10 Uhr in Rüders eintraf, dort noch seinen Salm verzapfte, zumal sein Kollege Beyer ausreichend und in gemeinsamer Weise disziplinierte, den Genossen Becker der Lüge und Verdrehungen verdächtige, ohne den geringsten Beweis dafür anzutreten.

Sie haben ausgespielt! Der berühmte Heinz erklärte beifolgend: „Wenn wir, die SPD., wieder die Macht kriegen sollten, dann werden wir mit euch Kommunisten noch etwas anders verfahren als es jetzt geschieht!“ Also: Sie spekulieren wahrscheinlich auf eine Koalitionsregierung mit den Nazis und hoffen in der Unterdrückung der Kommunisten radikaler als Papen-Schleicher vorzugehen! Ist dies nicht der Ausfluß der stillen Verhandlungen zwischen Nazi, ADGB. und Reichsbanner zur Bildung einer gemeinsamen Antifaschistenfront zur Rettung des Kapitalismus? Um die Löhne und Zustände in den Betrieben kümmern sich diese Kerle einen Dreck, sie führen zum Wohlfallen der Unternehmer den Kampf gegen die Kommunisten, die nach Verlautbarung ihrer Reichstagsfraktion und der Veröffentlichung in der gesamten SPD.-Presse „durch ihre antidemokratischen Parolen gerade jetzt am gefährlichsten erscheinen“.

Die Arbeiterschaft und werktätige Bevölkerung hat auch in der Grafschaft richtig erkannt, wo ihre Betrüger sitzen! Auch mit den Nazis geht es bergab. Sie haben leere Versammlungen, die Bauern



10 Kampffond der K.P.D. für die Wahl 1932



10 Kampffond der K.P.D. für die Wahl 1932

Jeder Werktätige kauft und sammelt die Kampffondsmarken der KPD!

Rebellion in der SPD.

Das neue Heft des „Roten Aufbau“

Die Sozialdemokratische Partei befindet sich in einer neuen schweren Krise. Zum ersten Male seit langer Zeit führen die sozialdemokratischen Arbeiter eine die ganze Partei erfassende Diskussion durch und rebellieren gegen die Führung, die wie die Ereignisse des 20. Juli jedem Arbeiter deutlich vor Augen führten, offen vor der Bourgeoisie kapitulieren. Das neue Heft des „Roten Aufbau“ bringt eine eingehende Darstellung der Oppositionsbewegung innerhalb der SPD., die unter dem härtesten Eindruck der von den Kommunisten geführten Einheitsfrontaktion steht. Der Artikel enthält eine Anzahl von ausschlußreichen Berichten über sozialdemokratische Mitglieder-Versammlungen, in denen die wachsende Empörung gegen die reaktionäre Politik des Parteivorstandes zum Ausdruck kommt. Es wird festgestellt, daß die Sozialdemokratische Partei keinen grundsätzlichen Standpunkt gegen die Papen-Regierung führt, und an die sozialdemokratischen Arbeiter die Frage gerichtet, wieweil sie noch Führern folgen wollen, die, wie der Bundesvorstand des ADGB. es tut, erklären: „Es gibt keine nationale Konzentration ohne die deutsche Arbeiterschaft.“

Wili Münzner erg schildert in seinem Artikel „Die 2. Internationale nach dem Antwerpener Kongreß“ die türmische Oppositionsbewegung insbesondere in der französischen Sozialdemokratie, die durch die Hege der Führer der 2. Internationale gegen den anti-imperialistischen Kongreß und ihre Sabotage jedes wirklichen Kampfes gegen den imperialistischen Krieg hervorgerufen wurde.

Das Heft enthält ferner zwei interessante theoretische Aufsätze: „Die Krise des Sozialdemokratismus“ von Peter Stein und „10 Jahre nach dem Ende der U.S.P.“ von Rudolf Gerber, außerdem einen wichtigen außenpolitischen Beitrag von Karl K a b e l und eine ausführliche Besprechung des neuen Lenin-Bandes „Aus dem philosophischen Nachlaß“.

Der „Rote Aufbau“ kostet jetzt statt 40 nur noch 30 Pfg., was von vielen, die ihn jetzt kaufen können, begrüßt werden wird. (Erfolgreich bei allen N.Z.-Kolporturen, Kiosken oder direkt vom Verlag, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 48, IV.)

30 Pf. nicht mehr 40 Pf. Die neue Nummer: **Rebellion** in der S. P. D.

Unsere Masseliteratur

ein Hilfsmittel in der Mobilisierung der Massen für die

Einheitsfrontaktion

Organisiert planmäßig den Vertrieb unserer Broschüren in der Wahlkampagne!

Wer Hitler wählt, wählt Papens Wegbereiter und Lakaien!

Alle Werktätigen wählen deshalb Kommunisten. Liste 3

3

RUND UM DEN ERDBALL

Furchtbare Grubenkatastrophe

Ein Toter, vier Arbeiter in Lebensgefahr und mehrere Vergiftete

Waldbach, N. H. d. t., 18. Oktober. Gegen 1.30 Uhr nachts ereignete sich auf der Zeche „Sofia-Jacoba“ eine schwere Explosion schlagender Wetter. Das gesamte 19. Niveau wurde davon betroffen. Ein Arbeiter wurde getötet und vier weitere so schwer verletzt, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird. Fünf andere Bergarbeiter trugen schwere Gasvergiftungen davon. Die Rettungsarbeiten sind im Gange und die Gründe für die Explosion noch unbekannt. Eine eingehende Untersuchung ist eingeleitet.

Was diese Untersuchung ergeben wird, kann man von ungefähr schon jetzt wissen. Sie wird das ergeben, was alle bisherigen Untersuchungen in solchen Fällen. Man wird entweder feststellen, daß ein Arbeiter unvorsichtig mit einem Streichholz hantierte oder daß die Ursache sich nicht feststellen läßt. Ist es ein Zufall, daß sich in letzter Zeit die Katastrophen in den Bergwerken so häufen und unzählige Opfer erfordern? Keineswegs.

Man hat eine rücksichtslose Rationalisierung durchgeführt; eine Rationalisierung auf Kosten nicht nur der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, sondern auch des Lebens. Arbeiterleben sind billig, wenn nur der Profit gesichert ist. Die rücksichtslose Rationalisierung ist es, die zu all diesen Katastrophen führt.

— zwei in Saarbrücken

Saarbrücken, 18. Oktober. In der Bumpflammer der Grube Freimengen an der lothringisch-saarländischen Grenze waren Bergarbeiter mit dem Ausbeuern einer Betondecke beschäftigt. Die Decke brach plötzlich zusammen und begrub die zwei Bergleute unter sich. Einer von ihnen konnte mit schweren inneren Verletzungen lebend geborgen werden, während der andere bereits tot war.

Sieg im Hirschkampf

Göring ist ein tapferer Mann, dies hat sein Eintagskönigtum im Reichstag bewiesen. Mit Hasenmut führte er dort den Kampf Wofür... Nun, für die Weimarer Verfassung. Aber im Kampf kommt man kaum zur Ruhe. Kaum war mit dem bekannten Erfolg der Kampf im Reichstag ausgefochten, als Göring schon die Mühen eines neuen Kampfes nicht scheute. Diesmal war es ein Kampf um einen Hirsch.

Göring hat in Erfahrung gebracht, daß der frühere Ministerpräsident Otto Braun keine freie Zeit mit dem Erlegen von Hirschen zu verbringen pflegte. Nun wollte auch er einen Hirsch haben, aber natürlich einen ihm ebenbürtigen, einen recht fetten Hirsch. Wertwürdigerweise erhielt er aber von der preußischen Domänenverwaltung nur ein sehr mageres Hirschlein zugestellt.

Der Kampf setzte mit aller Kraft ein. Der Nazi-Landtagspräsident Kerl erkannte seine Pflicht und erfüllte sie auch, indem er sich bei der Domänenverwaltung über die Magerkeit des an Göring überwiesenen Hirsches beschwerte und ankündigte, daß, wenn dereinst der Tag des Dritten Reiches herankommt, er und Göring und natürlich auch die anderen Nazis die Hirsche für sich in Anspruch nehmen werden, die ihnen am meisten zulagen.

Nun hat der Kampf um den Hirsch mit einem vollen Sieg Görings geendet. Mecklenburg befindet sich bekanntlich bereits in der glücklichen Wera des Dritten Reiches. Und da kann Göring uneingeschränkt über die Hirsche verfügen. Heute kommt nun die freudige Nachricht — und sie wird sicher nicht verfehlen, bei der gesamten Nazi-Mitgliedschaft den größten Jubel auszulösen — daß Göring von der mecklenburgischen Regierung einen sehr feisten Hirsch zugewiesen bekommen hat.

Hitlers Gönner auf dem Wege nach Koburg



Zur bevorstehenden Hochzeit in Koburg zwischen der Prinzessin Sibylle von Sachsen-Koburg-Gotha und dem schwedischen Prinzen Gustav Adolf hat der König von England als seinen Vertreter Lord Athlone (links) ernannt, der hier gerade von London abfährt.

25 Arbeiter getötet

bei einem Zugzusammenstoß in Rumänien

Bei Temesvar in Rumänien hat sich ein schweres Eisenbahnunglück ereignet, das 25 Tote und viele Verwundete forderte. Der Zug hatte um 17.40 Uhr Temesvar verlassen.

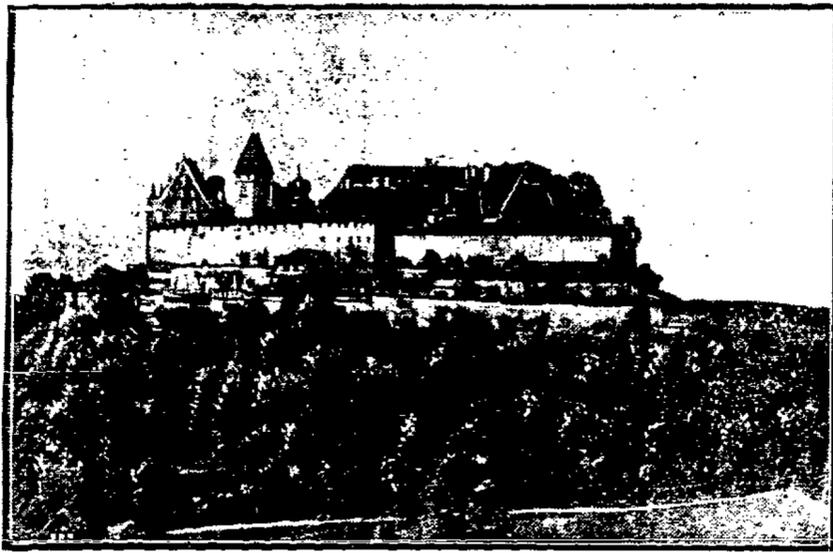
Er war in der Hauptkutsche mit Arbeitern besetzt, die sich auf dem Heimwege von ihren Arbeitsstätten befanden. Etwa 1,5 Kilometer hinter dem Bahnhof sprangen plötzlich die beiden letzten Wagen des Zuges beim Passieren einer Weiche aus den Schienen und stürzten um. Die beiden Wagen, ein Personenwagen und der Postwagen, wurden noch etwa 50 Meter weit mitgeschleift. Von den 35 Insassen wurden 24 auf der Stelle getötet, die übrigen zum größten Teil schwer verletzt. Die Leichen von drei Männern und vier Frauen sind zu zugeordnet, daß ihre Erkennung bisher nicht möglich war. Von 18 Schwerverletzten starb einer bereits auf dem Transport zum Krankenhaus. Man befürchtet, daß weitere zehn Verletzte nicht mit dem Leben davontommen werden.

Grauenhafter Selbstmord

Gelsenkirchen, 18. Oktober. In der Ueckendorfer Straße schloß sich Sonntag vormittag eine Frau in ihrem Zimmer ein, verbarrikadierte den Zugang und übergieß sich mit Benzin, das sie darauf anzündete. Die Nachbarn alarmierten die Polizei, die die Tür aufbrach. Mitten in der Stube lag die völlig verkohlte Leiche der Selbstmörderin.

Eine 18jährige tot aufgefunden

Nordhausen, 18. Oktober. Am Sonntagabend wurde, wie erst jetzt bekannt wird, auf der Strecke Berlin-Kassel zwischen den Stationen Heeringen und Amühle die Leiche eines etwa achtzehnjährigen Mädchens aufgefunden. Die Personalien sind noch nicht bekannt. Das Mädchen, das allem Anschein nach aus Berlin stammt und sich auf der Fahrt nach Marburg befand, ist, wie es scheint, einem Verbrechen zum Opfer gefallen. Die Staatsanwaltschaft Nordhausen ist zur Zeit mit der Klärung des Falles beschäftigt.



Fromme Kindererzieher

Kinderschänder und Betrüger

Wuppertal, 18. Oktober. Die erstinstanzliche Strafkammer beim Landgericht Wuppertal verurteilte den etwa 36 Jahre alten Lehrer Paul B. aus Neviges, der dort an einer katholischen Schule unterrichtete, wegen Sittlichkeitsverbrechens an ihm unterstellten Kindern in drei Fällen zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren. In der Verhandlung hörte man überraschenderweise, daß der Lehrer bereits 1925 wegen Unterschlagung und Betruges dreimal zu Gefängnisstrafen verurteilt worden war und diese Strafen auch abgeleitet hat. Trotzdem gelang es ihm, wieder eine Stellung als Erzieher zu bekommen, in der er sich dann ungläubliche Verfehlungen an Schülerinnen zuschulden kommen ließ.

Judenpogrome in rumänischen Städten

Budapest, 18. Oktober. Nach einer Meldung der „Donaupost“ aus Bukarest, fanden am Sonntag in Jassy und Radoara jüdenfeindliche Ausschreitungen statt, die von Cuzisten herbeigerufen worden waren. An beiden Stellen wurden eine Reihe jüdischer Geschäftshäuser zerstört. Die Polizei konnte der Ausschreitungen ein Herr werden, nachdem sie weitere Verstärkungen erhalten hatte. Cuzisten, das sind rumänische Nazis.

SOS-Rufe eines Flugzeuges

London, 18. Oktober. An der Küste von Süd-Devon wurden in der Nacht zum Sonntag SOS-Rufe und Raketen Signale eines in Not befindlichen Flugzeuges festgestellt. Obwohl sofort eine größere Anzahl von Schiffen zur Rettung ausfuhr, wurde von dem verunglückten Flugzeug keine Spur festgestellt. Bisher konnte auch nicht festgestellt werden, woher das Flugzeug gekommen war.

Güterzug mit Munitionsladung in die Luft geflogen

Rio de Janeiro, 18. Oktober. Bei Entre Rios im Staate Rio de Janeiro ist ein Güterzug, der große Munitionsladungen mit sich führte, in die Luft geflogen. Sechs Personen wurden getötet und 12 verletzt.

14 Jahre Zuchthaus für einen Raubüberfall

Gewisshe.g., 18. Oktober. Der Raubüberfall am 4. Mai auf eine Kontoristin fand seine Sühne vor der Hagener Strafkammer. Die Angestellte hatte 420 Mark einlasiert, war mit der Straken-

bahn bis zum Hunderten gefahren, wo sie ausstieg. Dort wurde sie von dem Arbeiter Sauerwald aus Gelsenkirchen mit vorgehaltenem Revolver beraubt. S. flüchtete auf dem von seinem Bruder gesteuerten Motorrad und lösch während der Flucht noch auf die Verfolger. Durch Zufall konnten die Täter ermittelt werden. Ein Bekannter des S. traf diesen kurz vor der Tat und konnte daher die Personalien namhaft machen. Die Kontoristin erkannte mit Bestimmtheit den Straßenträuber wieder. Da beide Brüder erheblich vorbestraft sind, erhielten sie je sieben Jahre Zuchthaus.

Ein Blick auf Nazi-Koburg

den Schauplatz des internationalen Monarchistenrummels, der mit einem Aufmarsch der SA. anlässlich einer Prinzenhochzeitsfeier eingesetzt hat. Unter den Gratulanten hat sich Hitler als erster eingefunden.

Die automatische Untergrundbahn

Eine neue Erfindung wird zur Anwendung bei der Moskauer Untergrundbahn vorgeschlagen

Kürzlich brachte eine Gruppe ausländischer Ingenieure durch ihren Mitarbeiter Dr. Rudolf Mayer im Dzerzinski-Klub, in Moskau, einem Kreis von Interessenten ihren Vorschlag zu Gehör:

Es handelt sich um eine hochgradige Vervollkommnung der automatischen Zugförderung von elektrischen Schnellbahnen. Die Vorteile dieses Systems springen selbst dem Laien sofort ins Auge. In erster Linie wird eine fast hundertprozentige Unabhängigkeit des Zugbetriebes von der Bedienung durch Menschenhand geboten, wodurch das Gefahrenmoment für Unglücksfälle auf ein Minimum herabgedrückt wird. Ferner ergibt sich eine bedeutende Stromersparnis, weil der Energieverlust, den alle bisherigen Systeme beim Bremsen aufzuweisen haben, in Zertfall kommt. Aber auch an und für sich stellt sich die Anlage — in der Herstellung — viel billiger, das zeigte anschaulich die Gegenüberstellung zweier Zeichnungen im Verlauf des von Lichtbildern begleiteten Vortrags: einmal die äußerst komplizierte Apparatur, mit der ein Schnellbahn-Triebwagen alten Systems ausgestattet ist, und dann die einfache, durchsichtige Anlage im Wagen der neuen Konstruktion.

Außer dieser Erhöhung der Betriebssicherheit, Gefahrllosigkeit, Verbilligung und glatteren Entwicklung des Verkehrs spielt für uns natürlich die Tatsache eine große Rolle, daß die Bedienung der Anlagen sozusagen von jedem Kind ausgeführt werden kann, — für uns, die wir vorläufig noch im Kampfe gegen den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften stehen.

Die große Neuartigkeit besteht darin, daß die Züge bei der Einfahrt in Stationen, sowie bei geschlossenen Signalen auf der Strecke

selbsttätig anhalten. Selbstverständlich befindet sich im Zug ein Beamter, der ihn bei ungewöhnlichen Ereignissen zum Stehen bringt, wie dies ja auch jeder Reisende mittels der Notbremse tun kann. — Ferner fahren auch die Züge automatisch an, es genügt ein einziger Hebeldruck des Stationsbeamten dazu. Beschleunigung und Geschwindigkeitsregelung besorgt der Zug allein. Dieses automatische Anfahren gab es bisher auch schon, nur war die Apparatur im Zug angebracht, während sie sich jetzt auf der Strecke befindet. Ebenso erfolgt die automatische Bremsung von der Strecke aus durch stationäre Einrichtungen. Die Verringerung der Fahrgeschwindigkeit auf abschüssigen Strecken oder in scharfen Kurven erfolgt durch automatische Einschaltung mehr oder minder großer Widerstände. Bei dem ganzen System ist es gleichgültig, ob elektrisch-pneumatische oder kombinierte elektrische und pneumatische Bremsen angewandt werden.

Aus dem Wirrwarr von Fachausdrücken fiel dem laienhaften Zuhörer auf, daß die Hauptapparatur in Gleichrichtern besteht, und zwar hat jede Station für jede Fahrtrichtung einen Gleichrichter — nicht mehr als die elektrifizierte Berliner Stadtbahn hat. Hierbei ist noch hervorzuheben, daß im Falle des Versagens eines Gleichrichters seine Arbeit automatisch der benachbarte übernimmt.

Kurzum: eine Vervollkommnung und äußerst geschickte Kombination bestehender erprobter Einrichtungen, die kein Experiment ist und doch etwas ganz Neues bringt.

Winterfahrplan der Straßenbahn

Linie 4 wird verkürzt — Linie 11 fährt ganz fort — Linie 15 wird über den Ring geleitet.

Die Winterfahrplan der Straßenbahn, der am 1. November in Kraft tritt, bringt einige bemerkenswerte Änderungen bei den Linien 1/11, 4 und 15.

Linie 11 (Westend-Grüneiche) fährt ganz fort. Linie 1 (von Westend bis zur Grünstraße in Bischofswalde), die alle 12 Minuten fuhr, erhält eine Verdichtung auf 7 1/2 Minuten.

Linie 4, die vormittags zwischen Morgenau- und Großmarkthalle an der Siebenhüfener Straße und sonst nur bis zum Ring verkehrt, wird noch stärker beschritten.

Auch hier ist also eine mächtige Einschränkung auf Kosten des fahrenden Publikums erfolgt.

Linie 15 erfährt einschneidende Veränderungen, da ihre Linienführung von jetzt ab über den Ring geleitet werden soll. Der Weg, den die Linie dann nehmen wird, ist von der Lohstraße bis zum Sandgericht derselbe wie jetzt, dann biegt sie in die Graupenstraße ein und fährt von da Blücherplatz-Ring-Oberstraße-Werderbrücke-Rosenthaler Straße und weiter — wie bisher — nach Dömitz.

Auch die Linie 5 wird in den Vormittagsstunden, sowie am Abend nur zwischen der Dömitzstraße und dem Ring verkehren.

Der Autobus 5 (nach Hundsfeld) verdichtet seine Fahrzeit von 15 auf 40 Minuten.

Im allgemeinen kann man sagen, daß dieser Winterfahrplan, der am 1. November in Kraft tritt, durchaus in der Linie der „Arbeitsbeschaffung“ liegt. Immer weitere Einschränkungen und Abbaumaßnahmen bei der Straßenbahn, obwohl jetzt schon in letzter Zeit in den Hauptverkehrszeiten ein Fahren auf der Straßenbahn zur Unerträglichkeit geworden ist.

10 000 Mark Unterschlagungen bei der Krankenkasse der Breslauer Friseurinnung

Nachdem schon im Jahre 1929 bei der Krankenkasse der Breslauer Friseurinnung erhebliche Unterschlagungen festgestellt worden waren, wurde jetzt wieder eine Veruntreuung von 10 000 Mark aufgedeckt.

10 Mark gesammelt

hat am Großsammeltag die neugegründete Ortsgruppe Pilsnig der Partei für den Kampffonds. Genossen! So ist es recht! Die Parole heißt: Weiterjammeln! Wo bleiben die anderen Ortsgruppen und Zellen mit ihren Sammelergebnissen? Sofort berichten!

Rote Rundfunk-Rundnotizen

Hörbericht vom Dienstag:

Schallplatten. Der ganze Tag Schallplatten! Ich höre nur Konjerven, Konjerven-Musik! Es geht mir auf die Nerven, die Nerven der Trüd. Der Rundfunk ist vom Geist so leer.

Mittwoch 11.30: Konzert des Leipziger Sinfonieorchesters. — 16.00 bis 17.00: Mundartliches. — 17.00: Unterhaltungskonzert. Dazwischen wieder Betteluppenpropaganda der Winterhilfe. — 17.45: Der Rundfunk als Förderer der Kriegspolizei. Polizeimajor Meinhold wird über Luft- und Gasabwehr sprechen.

Arbeitslose, Sozial- und Kleinrentner!

Seraus in Massen zu den drei Versammlungen!

Donnerstag, den 20. Oktober, 14 Uhr:

West und Zentrum: Im Lokal Zentral-Vollsaal, Westendstr. 50. Nordost und Nord: Im Lokal „Oberstrom“, Uferstraße. Ost und Süd: Im Lokal „Wratisslawia“, Mauritiusplatz.

Stadttheater

„Der Teufelsreiter“. Reichsdeutsche Uraufführung. Kalman als Komponist. Die alten erfahrenen Operettensänger Schanzer und Pollich als Librettisten haben eine schmalige Promenadenproduktion von Pompadour, Mariza, Czardasfürstin zusammengestellt, die den Boden für Kalmans Musik darbietet.

Schornsteineinsturz

Heute nacht gegen 3 Uhr fiel der eiserne Schornstein der Brauerei Meisner, Ohlauer Straße 52, mit lautem Getöse um und schredte dabei die Leute in der Nachbarschaft aus dem Schlafe.

Proletarierfrauen — Arbeitermädel in Stadt und Land!

Wer kämpft mit euch für Beseitigung des Schandparagraphen 218? Wer will eure Kinder vor Ausbeutung, vor Abbau der Schulpflichten, vor reaktionärer Erziehung und Prügelstrafe in den Schulen schützen?

Wahlveranstaltung, Freitag, den 28. Oktober, im Messehof, besuchen. Auch du mußt dort das Referat des Genossen Willi Münzenberg, MdR., hören.

Der Kampf macht uns stärker, der Kampf macht uns frei. Wähl auch du Kommunisten! Wähl auch du Liste 3!

Gegen Bürgersteuer —

für höhere Besteuerung der Großverdiener

Gegen Lohnabbau bei den Gemeindefacharbeitern — für die proletarische Mieterchaft — für alle Hilfsbedürftigen!

Breslau. In der am Donnerstag, dem 20. Oktober, stattfindenden Stadtverordnetenversammlung wird im besonderen die vom Magistrat in „oppositioneller“ Weise beschlossene Bürgersteuer in fünfjähriger Höhe des Landesgesetzes eine Rolle spielen.

für alle erwerbslosen Sozial- und Kleinrentner

der die Ausgabe von Kohlen- und Lebensmittelkarten, sowie die unentgeltliche Abgabe von Winterbekleidung, Wäsche, Schuhwerk, sowie Auszahlung einer Beihilfe von 20 Mark für Lebige, 30 Mark für Verheiratete und 5 Mark für jedes Kind und die Einrichtung von Tagesheimen mit unentgeltlicher Abgabe von warmem Essen für alle Bedürftigen vorseht, steht erneut ein Antrag

für die proletarische Mieterchaft.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- 1. Für alle Wohnungen, wo die Festsetzung der Mieten dem Magistrat obliegt, werden die Mieten ab sofort auf den Stand vom Januar 1927 (Friedensfuß 100 Prozent) gesenkt. 2. In diesen Wohnungen werden Erwerbslose, Kurzarbeiter, Sozial- und Kleinrentner von der Miete befreit.

SA.-Befehl

Jeder der am Weg vorbeikommt, wird verhaunt!

Breslau. Vor dem Sondergericht unter Vorsitz des Landgerichtsrat Kaempff hatten sich am Montag die SA-Leute K u h n e l, S c h o l z, G l a z e l wegen verbotenen Waffenbesitzes, Scholz auch wegen Körperverletzung zu verantworten.

Der angeklagte Kraftwagenführer Scholz schilderte, wie die SA den Auftrag erhalten hatte, die Wohnung des Sturmführers R e s s i n zu schützen, weil angeblich in dieser Zeit so viel SA-Leute überfallen wurden (!). Demgegenüber warf Rechtsanwalt C a s t e i n, der Vertreter des betroffenen Nebenklägers, ein, daß in dieser Zeit kein einziger Überfall auf SA-Leute erfolgt sei, wohl aber in ganz Schlesien Überfälle und Bombenüberfälle der SA auf politische Gegner.

Mehr Theater!

aber nicht im bürgerlichen Lobe- oder Gerhart-Hauptmann-Theater, sondern

Theaterstück von Proleten für Proleten!

Spielstrebige, Ausdauernde, Begabte meldet euch! Persönliche Anmeldung am Freitag, dem 21. Oktober, pünktlich 16 Uhr, im Büro der Majd, Wallstraße 21, III. Beachtet die morgige Anzeige an dieser Stelle! Arbeitertheaterbund.

Wieder ein Nazi-Kassierer durchgebrannt

Zeltisch. „Früh kramt sich, was ein Kalen werden will.“ Dieses Sprichwort trifft so recht auf den Nazi-Parteikassierer L u z in der hiesigen Ortsgruppe zu. Ein Unterkassierer, der an ihn die eingekassierten Gelder abliefern, bekam von L. eine Quittung. Luz lieferte aber an die Bankleitung die eingekassierten Gelder nicht ab, sondern verbrauchte sie für seine Zwecke.

5. Der Magistrat wird weiter beauftragt, sofort entsprechend des vorhandenen Bedarfs zur Beseitigung der Wohnungsnot der werktätigen Schichten der Stadtverordnetenversammlung einen Plan für Wohnungsneubauten von 2- und 3-Zimmerwohnungen mit dem notwendigen Zubehör vorzulegen.

6. Die Hauszinssteuer ist sofort aufzuheben; die Mieten sind um den Steuerbetrag zu senken.

7. Alle leerstehenden oder nicht genügend bewohnten Großwohnungen sind zu beschlagnahmen und nach Herrichtung in Kleinwohnungen an die wohnungsuchende werktätige Bevölkerung zu vergeben.

8. Soweit durch Mietenermäßigungen kleine Hausbesitzer, deren Jahreseinkommen aus Arbeit oder sozialer Rente weniger als 5000 Mark beträgt, Schaden erleiden, wird der Mietenausschuss durch die Stadt Breslau insoweit ersetzt, als dies zur Erhaltung der betreffenden Häuser notwendig ist.

Bei der Beratung dieses Antrages der KPD-Fraktion wird es sich zeigen, wer der Helfer der proletarischen Mieterchaft ist.

Weiter wird von der KPD-Fraktion noch ein Antrag gegen den notverordneten Lohnabbau bei den Gemeindefacharbeitern eingebracht, welcher dahin geht, daß der Antrag der Kommunisten, welcher in der Stadtverordnetenversammlung vom 30. Mai bereits angenommen wurde, zur Verhinderung jeglichen Lohnabbaus unbedingt durchgeführt werden muß.

Außerdem wird die KPD-Fraktion beantragen, daß der Magistrat sofort das Mitgliedsverhältnis im Kommunalen Arbeitgeberverband aufzugeben und zum nächsten zulässigen Termin zu kündigen hat.

Desgleichen in einem Antrag fordert, daß die Wohlfahrts- und Fürsorgearbeiter dem Tarifvertrag der Gemeindefacharbeiter gleichgestellt sind.

Das sind die berechtigten Forderungen der Werktätigen, welche von der KPD-Stadtverordnetenfraktion als Dringlichkeitsanträge am Donnerstag eingebracht werden. Es wird sich dabei mit aller Deutlichkeit zeigen, wer nur mit dem Munde und wer in der Tat dafür stehen wird. Die Kommunisten sagen allen Werktätigen, daß sie ihre Forderungen nur im Kampf in voller Einheitsfrontaktion durchsetzen werden können.

und sagte: Wenn Du die Aussagen gegen Kühnel aufrecht erhältst, wirst Du sicherlich verdrossen! Scholz wurde, weil er gegen die Paragrafen der SA verstoßen hatte, ausgeschlossen (weil er die Wahrheit sagte). Die beiden anderen Angeklagten handeln nicht gegen die Aussagen der SA. Sie schwindeln, was das Zeug hält. Sie widersprechen sich, bekennen Scholz, auch widerspricht die jegliche Aussage ihrer Aussage bei der Polizei. Kurz, sie sind das Polz, aus dem die Nazis gezeugt werden. Die Aussagen der Nazis gezeugt und -angeklagt aus sämtlichen Prozessen sind so gleichartig in der Art, daß man annehmen muß, es besteht unter der Führung eines Reichstags- u. g. ein ständiger Kurs: Wie schwindele ich er-folgerich? Ist Hitler der Kurzscheiter?

Der Angeklagte Scholz empört sich gegen die Schwindeleien von Kühnel und sagt: „Wenn Du ein deutscher SA-Mann sein willst, darfst Du das Gericht nicht belügen, und das Eingelernte sagen.“ Der Kriminalbeamte Guntau sagt aus, er habe bei Scholz durchaus den Eindruck gehabt, daß er die Wahrheit aussage. Das Gericht beschloß um 2 Uhr, da der Angeklagte Scholz durch eine Operation verhandlungsunfähig wurde, die Verhandlung auf einige Tage zu vertagen.

in ihren Reihen nicht nur bildet, sondern Korruptionen und Unterschlagungen deckt.

Jeder ehrliche Arbeiter, der sich durch die lügenhafte Propaganda der Nazi-Führer hat einlassen lassen, wird an diesem Beispiel erkennen, daß für ehrliche Proleten kein Platz in diesen Reihen ist. Ehrliche Proletarier gehören in die antifaschistische Front und müssen dort Schulter an Schulter mit den klaffenbewußten Arbeitern und Arbeiterinnen gegen Faschismus, Lohn- und Unterdrückungsabbau kämpfen.

Am Sonnabend, dem 8. Oktober, brannte hier eine 100 Meter lange Scheune, dem Nazi-Grafen Sauermaier gehörend, ab. 4000 Ztr. Getreide sollen darin verbrannt sein. Es liegt offensichtlich Brandstiftung vor. Es soll sich hierbei um einen Raschack handeln. Ein vom Gutbesitzer auf die Straße geworfener Arbeiter, ebenfalls Nazi-partei angehörig, ist der Tat verdächtig und wurde verhaftet.

Siebiß-Theater

Ein Widersehen mit Serge-Wranowicz! Das andere war mir ein Tummelplatz für sein Spiel und seine Stimme. Er ist nicht nur, das bemerkt er in diesem Spiel „Mabel abel“, ein glänzender Tenor, sondern auch ein liebenswürdiger Schauspieler. Über den Inhalt dieses Stückes zu reden ist überflüssig, es ist keiner da. Aber Wranowicz sang, ein Ballett tanzte gut, das Publikum freute sich.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Oskar Pöhllich in Breslau. — Für die übrigen Saiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Calla u., Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trobatzner Straße 50.

Wandleitbau Grundmann Breslau, Trebnitzer Str. 21 Belebung v. Kugeln, Wäsche und Schmuckstücken

Das Beste in der Welt ist ein Befehl!

Ganz großes Theater

In Leipzig wird zur Zeit ein ganz großes politisches Theater gespielt. Vor den Schranken des Staatsgerichtshofes geht es um die Reichsverfassung (im dreizehnten Jahre ihrer Erstzung!) in ihren entscheidenden Punkten eigentlich zu verstehen ist. Es geht um die Ereignisse des 20. Juli. Angeklagt ist die Papen-Regierung, Kläger die damals abgesetzte Preussische Regierung. Der Heidelberger Professor Anshütz, der von den Freunden der Seevering-Braun-Regierung als der „anerkannt bedeutendste Kenner des Verfassungsrechtes“ bezeichnet wird, erklärt, daß die Verfassung der Papen-Regierung keine Handhabe zu ihrem Vorgehen geboten hätte. Professor Carl Schmitt (Berlin), der wiederum von der Gegenseite als der „bedeutendste Kenner des Verfassungsrechtes“ bezeichnet wird, behauptet, daß die Papen-Regierung doch das Recht dazu gehabt hätte denn die Verfassung müsse jeweils den veränderten Umständen angepaßt werden; und da hinter ihm die Reichsregierung steht und sich voraussichtlich auch der Staatsgerichtshof stellen dürfte, wird er im „Recht“ bleiben, denn Verfassungsfragen sind Machtfragen. Wenn Prof. Carl Schmitt sogar auf Bismarck und den Großen Kurfürsten zurückgreift, um die Aktion vom 20. Juli zu rechtfertigen, und sicher nur zufällig die Berufung auf Karl den Großen vergessen hat, so wissen wir ungefähr, an welchem Punkt der Reaktion wir bereits angekommen sind. „99 Professoren — arme Verfassung, bist verloren.“

Leipzig-München

Inzwischen hat Herr Papen — der keineswegs in Leipzig auf der Anklagebank sitzt, wie sich das ein Marschbewohner bei der Vorstellung moderner Demokratien vielleicht denken könnte — in München (12. Oktober) eine Rede gehalten und das „Heilige Reich“ proklamiert. Diese Rede hatte es in sich. Der neue Reichstag wird bereits bei seinem Zusammentritt den Entwurf einer neuen Verfassung vorgelegt bekommen, so eröffnete Papen und fügte dröhnend gegen den noch gar nicht gewählten Reichstag hinzu: „Lebensfähig sind nur diejenigen Einrichtungen, welche aufbauende Arbeit schaffen können.“ Mit anderen Worten: Reiß Bagel, oder Kirch! Sanktioniert der neue Reichstag den Verfassungsentwurf Papens nicht, dann ist er eben nicht lebensfähig, dann muß er wieder sterben. Die „neue“ Verfassung? Das Wahlalter soll heraufgeholt, eine erste Kammer „als Gegengewicht gegen einseitige von Partei-Interessen herbeigeführte Beschlüsse des Reichstages“ gebildet werden. Der Hauptinhalt der sogenannten Verfassungsreform geht dahin, der Reichsregierung einen „stärkeren autoritativen Charakter“ zu geben. Man will sie noch unabhängiger als bisher vom Parlament machen und sowohl den Einfluß des Reichspräsidenten als auch den der Reichsregierung gegenüber der parlamentarischen Vertretung härten. „Der Bestand der Reichsregierung“ — so führte Papen aus — „darf nicht Zufallsmehrheiten ausgeliefert sein.“ Das Parlament soll also endgültig totgeschlagen werden.

Es ist an der Zeit, sich den Verfassungsentwurf der Reichsregierung, den schon oben erwähnten Prof. Carl Schmitt etwas näher anzuschauen. Schon vor dem Staatsgerichtshof hat er — wie wir eben gesehen haben — gesagt, was Geistes Kind er ist. Unter dem Titel „Legalität und Begleit mität“ hat Schmitt vor kurzem eine neue Schrift veröffentlicht, in der er die Weimarer Verfassung selbstverständlich von rechts kritisiert. In den Eingang seiner Betrachtung stellt er den Satz, daß „die heutige innerstaatliche Lage in Deutschland staats- und verfassungsrechtlich als Zusammenbruch des parlamentarischen Gesetzgebungsstaates gekennzeichnet werden müsse.“ „Autorität“ und „Ordnung“ müssen viel mehr als bisher in den Vordergrund gestellt werden. Seine Richtschnur ist der eben so lapidare wie kennzeichnende Satz seiner Schrift: „Das Beste in der Welt ist ein Befehl.“ Nach diesem Glaubenssatz, den die internationale Faschismus schon längst als seine höchste Staatsweisheit zu eigen gemacht hat, soll anstehende die neue Verfassung aufgebaut werden. Genügt es vorläufig?

Das „gemeine“ Volk hat zu gehorchen

Das künftige parlamentarische Mitbestimmungsrecht der breiten Volksmassen soll sich nach den Auffassungen dieses Klopfflechters der Reaktion darauf beschränken, zu den Maßnahmen der Regierung ja oder nein zu sagen, im übrigen das Maul zu halten, wie das in Italien längst üblich ist. An Stelle der parlamentarischen Hebung, wo Parteien zur Wahl stehen, Parlamente neben der sogenannten Exekutive, soll in dem Zukunftsstaat des Herrn Professors die direkte „Legitimation“ (Beglückung) der Maßnahmen der Regierung durch das Volk treten, was beinahe überdemokratisch klingt. Was und zu — wenn es die Herrschaften für richtig halten — soll eine Volksbeiratsung (Plebizit) durchgeführt werden. Wie sich das Herr Schmitt denkt, das muß man wörtlich gelesen haben. Auf Seite 93 seiner Schrift heißt es: „Das Volk kann ja oder nein sagen; es kann nicht beraten, deliberieren (überlegen) oder diskutieren; es kann nicht regieren und nicht verwalten... Es kann vor allem auch keine Frage stellen, sondern nur auf eine ihm vorgelegte Frage mit ja oder nein antworten.“ Der Politisierung des Volkes soll entgegen gewirkt werden. Dazu sei nach Schmitt das Plebiszit das geeignete Mittel. „Die Frage kann nur von oben gestellt werden; die Antwort nur von unten kommen.“ An einer anderen Stelle wird der Herr Professor ganz deutlich: „Der Mangel der plebiszitären Legitimität ist weit und falkenreich und kann manches verkleiden und umhüllen.“

Gegen die KPD.

Soll das Volk unterdrückt werden, dann muß man rechtzeitig die kommunistische Partei verbieten, um die Unterdrückten der Führung zu berauben. Das ist doch klar. So erklärt denn auch Professor Schmitt, der genau wie Hitler gegen Papen polemisiert, weil er noch nicht die KPD verboten hat, daß die kommunistische Partei in dem „nationalsozialistischen Deutschland außerhalb der Gesetze zu stellen ist.“ Das Verbot der KPD hat aus der ganzen grundsätzlichen Auffassung des geltenden Verfassungssystems zu erfolgen. Gleichgültig, wie das Volk entscheidet, die Illegalität der kommunistischen Partei ist aus ihrem revolutionären Ziel abzuleiten. Doch das werttätige Volk ist feindselig und weiß, warum gerade die KPD getroffen werden soll. Die Sache der kommunistischen Partei ist die Sache des ganzen weltlichen jüdischen Diktatur. Die kommunistische Partei hat das offene jüdische Diktatur, die kommunistische Partei hat das leuchtende Ziel einer Arbeiter- und Bauernrepublik, eine freien sozialistischen Vaterlands ausgestellt. Die übermächtigen Herren, die das Volk niederwerfen und seine Partei verbieten wollen, sie sollen am 6. November erfahren, daß der Kommunismus nicht ausstirbt in Deutschland, weil er in Millionen Herzen und Hirnen der deutschen Arbeiterklasse lebendig ist!

Heute so, morgen wieder so

„In eingeweihten deutschnationalen Kreisen ist man der Meinung, daß der bedauerliche Konflikt zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen nach dem 6. November beigelegt wird. Der Kronprinz bemüht sich bereits heute darum.“ Aus einem Hugenberg-Blatt.



Vor dem 6. November



Nach dem 6. November

Gregor Straßer einst und jetzt

Durch die Enthüllungen des amerikanischen Sensationsreporters Knickerboder ist es bekannt geworden, daß die NSDAP augenblicklich an der Umbänderung ihres bisher als „unantastbar“ erklärten Programms arbeitet. Alles, was in diesem Programm irgendwie nach „Sozialismus“ riecht, soll ausgemerzt, die bekannten, niemals aufrichtig und ehrlich gemeinten, aber bei der gutgläubigen Masse doch so zugkräftigen sozialistisch klingenden Parolen sollen eliminiert werden. Es ist kein Zufall, daß mit dieser Arbeit gerade der Führer des „sozialistischen“ Flügels der NSDAP, der „linksstehende“ Gregor Straßer betraut wurde. Die Geld- und Auftragsgeber dieser Partei, denen dieses sozialistische Getöse seit jeher ein Dorn im Auge war, werden erst dann über die Echtheit dieser Änderungen beruhigt sein, wenn der konsequente Vertreter der sozialistischen Richtung innerhalb der NSDAP, diese Abhauerei auf sich nimmt. Da erscheinen gerade rechtzeitig die „Gesammelten Reden und Aufsätze“ Gregor Straßers, um „die Gradlinigkeit und Kompromißlosigkeit“ des nationalsozialistischen Kampfes während der letzten acht Jahre aufzuzeigen.

In diesen Reden auf Aufsätzen wird nach — wie anläßlich des Abschlusses des Internationalen Einheitsartikels — sehr heftig gegen die internationale Schwerindustrie und das internationale Finanzkapital gewettert. Es heißt dort, daß „diese Handlungsweise der deutschen Volksgemeinschaft nicht durch einen Appell an das nationale Gefühl oder an das nationale Interesse geändert wird, sondern nur durch Veränderung dieses kapitalistischen Wirtschaftssystems mit seinen, von Gewinnwunsch diktierten internationalen Bindungen selbst.“

Das waren heroische Zeiten, wo es — wie in der großen Brandrede Straßers im Reichstag gegen die Locarno-Verträge — noch heißen durfte: „Wir Nationalsozialisten haben erkannt, daß eine schicksalhafte Verbundenheit besteht zwischen der nationalen Freiheit unseres Volkes und der wirtschaftlichen Befreiung der deutschen Arbeiterschaft.“ Ach, Herr Straßer wurde damals so hoffnungsvoll. „Wir haben erkannt“ — so hieß es weiter — „daß jenes Wirtschaftssystem des Kapitalismus mit seiner Ausbeutung des wirtschaftlich Schwachen, mit seinem Diebstahl an der Arbeitskraft des Arbeitnehmers ersetzt werden muß durch eine neue, gerechte Wirtschaftsordnung, jene germanische Idee des gemeinschaftlichen Besitzes der gesamten Nation an den gesamten Produktionsmitteln. Diese Idee ist der Keim (!), auf dem unser Vollen zur Neugestaltung der Wirtschaft ruht.“

Lange ist's her, Herr Knickerboder hat Gregor Straßer etwas anderes gesagt. Wörtlich: „Wir erkennen das Privateigentum an.“ „Wir erkennen die private Initiative an.“

Noch drei Wochen Schafft Munition für den 6. November

Setzt gegen das Gold der Unternehmer und ihrer Lakaien die Millionen Pfennige und Groschen der Werktätigen in Fabrik, Kontor, Verband und Stempelstelle! Kleingewerbetreibende! Mittelbauern! Seid alle solidarisch und opferbereit! Der Kampf der Arbeiterklasse ist euer Kampf!

Stärkt den Kampffonds der kommunistischen Partei!

Für seine Partei gibt jeder, wirbt jeder und sammelt jeder!

Sammellisten und Marken für den Kampffonds der Einheitsfrontaktion in jedem Betrieb, jedem Kontor, jeder Stempelstelle, jeden Verband und auf das Land!

Her zu uns! Im Kampf für die Arbeiter- und Bauernrepublik! Wählt Kommunisten. Liste 3!

Einst: „Revolution, wirtschaftliche Revolution... und diese wirtschaftliche Revolution wollen wir.“

Heute: „Wenn wir zur Macht kommen, wird es keine gewaltsamen Veränderungen geben.“

Einst: „Keinen Pfennig Tribut, keine Minute Mehrarbeit“ für „diese sogenannte deutsche Regierung, die nichts anderes ist als das Ausführungsorgan des jüdisch-internationalen Finanzkapitals.“

Heute: „Wir erkennen unsere Schulden an und unsere Verpflichtung, sie zu zahlen.“

Das ist zweimal Straßer. So nachzulesen in seinen gesammelten Reden und Aufsätzen — einst im Mai — so heute bei Knickerboder, dessen Artikelserie die nationalsozialistische Presse nicht abdrucken, aber auch nicht zu verschweigen mag.

Einst schwärmte Gregor Straßer förmlich für die Sowjetunion, waren auch damals schon falsche Töne in seiner Musik. „Dort im Osten“ — so schrieb er einst — „liegen unsere politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten. Wir fühlen und wissen, wie dies auch ein wesentlicher Teil der deutschen Arbeiterschaft fühlt, daß der Weg zur Abspaltung unserer Politik, zur Wiedergewinnung unserer Handlungsfreiheit über den Osten führt.“

Heute: „Wir sind gegen die Verstaatlichung der Industrie, wir sind gegen die Verstaatlichung des Handels, wir sind gegen Planwirtschaft im Sowjetlande.“

Einst: „Streit! Revolution?! — Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Ausbruch der geknechteten Volksmassen erfolgt, und schon heute müssen wir Nationalsozialisten uns darüber klar werden, daß wir in diesem Falle nicht daran denken, etwa unter dem Motto „Ruhe und Ordnung“ oder „Rettung vor dem Bolschewismus“ gemeinsam mit vaterländischen Verbänden Sturzbataillone abzugeben... daß wir nicht daran denken, uns zu Verbündeten des kapitalistischen Systems zu machen oder durch mißverständenen Antibolschewismus uns zu Schergen des internationalen Kapital mißbrauchen zu lassen.“

Heute: „Die Regierung wird uns noch gebrauchen müssen, wenn der Bolschewismus nach Deutschland greift.“ (Goebbels.)

Hier ist der Kern der Sache. Das und nichts anderes bedeutet der Programmwechsel der Nationalsozialisten. Die soziale Phrase, der man sich in diesem Wahlkampf noch einmal frech bedient, wird nach dem 6. November, sobald die Hitler, Straßer und Goebbels sich mit Papen verständigt und ihr Pöstchen haben, endgültig erledigt sein. Als bewaffnete Terrororganisation der herrschenden Klasse wird die NSDAP, noch einmal, wie schon so oft in der Vergangenheit den Versuch machen, die deutsche Arbeiterklasse durch Terror, Mord und Totschlag zu zermürben und niederzumerzen.

Aber inzwischen haben sich die Dinge etwas geändert. Die nationalsozialistischen Arbeiter fangen an zu denken. Sie merken den Widerspruch zwischen der sozialen Phrase und der reaktionären volksfeindlichen Praxis. Die Zerfegung in den Reihen der SA greift weiter um sich. Auch in den Millionen der Kleinbürgerschaften, die von den Nationalsozialisten die Erlösung aus aller Pein erwarteten, wird man skeptisch, ungeduldig und rebellisch. Diese Partei — von den erbärmlichsten Parteien Deutschlands die erbärmlichste und verächtlichste — muß weithin sichtbar für jeden Werttätigen angeprangert werden. Doch mehr als das! Ist es ihr bisher nicht gelungen, entscheidende Schichten der deutschen Arbeiterklasse an sich zu fesseln, so ist es an der Zeit, die antifaschistische Aktion gegen sie, gegen ihre Helfershelfer und kapitalistischen Geldgeber bis zur großen Generalabrechnung des werktätigen Volkes zu steigern. Dazu rufen wir auf in diesem Wahlkampf.

Ergreift die antifaschistische Offensive, diskutiert mit proletarischen und halbproletarischen Anhängern der Nationalsozialisten, stellt Worte und Taten gegenüber und macht aus Feinden von gestern Bundesgenossen von heute gegen die Faschisten und die jüdische Diktatur.